



Beitragender Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr., 16 Sgr. Anzeigengebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 67. Morgen-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 9. Februar 1867.

Die Politik der Thatfachen.*)

„Für die Presse ist die Correctur durch das Strafgesetz noch unentbehrlich!“ so lautet der neueste Satz, mit dem Herr von Bismarck im Herrenhause Freund und Feind überraschte und der sich anschließt an ähnliche Axiome, die wir bereits aus dem Munde des Herrn Ministerpräsidenten bestanden. Ist Herr v. Bismarck die Sonne, von der in diesem Augenblicke für so und so viel deutsche Biederleute alles politische Licht ausgeht, so dürfen wir wohl solche Aeußerungen als Sonnenflecke betrachten, bei denen die glänzende Photosphäre, auf einen Moment zerissen, den trotz aller auswärtigen revolutionären Politik tief dunklen reactionären Kern durchblicken läßt. An sich würden wir solchen Aeußerungen, bei denen man nie vergessen darf, daß sie in der „angenehmen Temperatur“ des Herrenhauses das Licht der Welt zu erblicken pflegen und wohl auch mehr für die höhere staatsmännliche Einsicht der hohen Herren, als für unseren beschränkten Unterthanenverstand berechnet sind, kein großes Gewicht beilegen, wenn nicht gerade im gegenwärtigen Augenblicke, wo durch das erwähnte Auftreten des Herrn Ministers ein höchst beklagenswerther Beschluß herbeigeführt wurde, dadurch eine Verschlimmerung unserer, an sich nicht angenehmen Situation herbeigeführt würde. Wir sind leider eben in Deutschland noch nicht politisch gereift genug, daß allgemein zwischen Person und Sache scharf unterschieden würde, und es geben solche Vorfälle Veranlassung mehr, von der Person des Grafen Bismarck ausgehend auch gegen die von ihm vertretene auswärtige deutsche Politik Preußens Mißstimmung zu erregen.

Wir glauben, daß wir Herrn von Bismarck einen eben so hohen Grad von Abneigung widmen, als alle andern Gegner von ihm. Die principielle Kluft, die ihn vom Liberalismus trennt, ist unausfüllbar. Aber welchen Einfluß darf diese gerechte Abneigung im gegenwärtigen Moment auf unsere politischen Entschlüsse haben? Diese Frage, scharf gestellt, trägt bereits ihre Antwort in sich.

Selbst die unklaren Köpfe der deutschen Föderativdemokratie werden uns die historisch feststehende Thatfache nicht abläugnen können, bestreiten läßt sie sich überhaupt nicht, daß die deutsche Einheit bisher durch nichts Anderes verhindert wurde als durch den Dualismus von Preußen und Oesterreich. Oesterreich mit 10 Millionen im deutschen Bunde, Preußen mit 14 Mill., beide durch ihre außerdeutschen Provinzen und ihre europäische Machtstellung einander aufwiegend. Unmöglich konnte es da zu einer deutschen Einheit kommen und da jede Verfassung nur der formelle Ausdruck bestimmter realer Verhältnisse ist, konnte auch nur die deutsche Bundesverfassung für Deutschland möglich sein. Der deutsche Bund war eine streng logische Schöpfung, er war nicht etwa eine mangelhafte Form der deutschen Einheit, sondern er war die organisierte Form der deutschen Uneinigkeit und alle Versuche und Quälereien, die wir seit 1848 zur Herstellung einer andern Verfassung für Deutschland durchgemacht haben, mußten stets immer wieder auf den alten Bund hinauslaufen, so lange nicht jener Dualismus beseitigt wurde.

Allerdings wäre es ein großer Irrthum, annehmen zu wollen, Herr von Bismarck sei ein deutscher Einheitsenthufusist und habe von Anfang an das Ziel der deutschen Einheit im Auge gehabt. Gewiß nicht! Herrn von Bismarcks Ziel war lediglich, Preußen aus einer scheinbaren zu einer wirklichen Großmacht zu machen, aber er erkannte dabei, daß dies unmöglich sei, so lange Preußen seine Stellung im bisherigen deutschen Bunde und zu Oesterreich als Fessel nachschleife. Die Konsequenz und Energie, mit welcher dieser Staatsmann sein Ziel verfolgte, mußte zum Bruch mit der Legitimität, zur Zertrümmerung des deutschen Bundes, zur Niederlage Oesterreichs führen.

Der Dualismus ist beseitigt, der erste Schritt zur deutschen Einheit ist gethan. Preußen ist zur wirklichen Großmacht geworden und die Staaten des norddeutschen Bundes mögen mit dem Schatten der ihnen gebührenden Selbstständigkeit noch einige Jahrzehnte vegetiren, die realen Verhältnisse werden sich bald ihre Form schaffen und diese Form kann, nach der bisherigen, historischen Entwicklung keine andere sein als die des deutschen Einheitsstaates.

Nach der deutschen Einheit haben wir 50 Jahre lang gekämpft, für sie schwarz-roth-golden geschwärmt, gekämpft, gekämpft, gekämpft, geschossen und geturnt. Und jetzt? Ja, antworten die Föderativdemokraten, Herr von Bismarcks Einheit ist die Negation der Freiheit, ist die Ausdehnung des preussischen Militärstaates auf Norddeutschland. Abwarten!

Deutsche Einheit oder bundestätiglich organisierte Zerrissenheit? das ist die Frage, die Hamlets „Sein oder Nichtsein?“ für Deutschland vollständig in sich birgt. Auf der einen Seite unsere Sache, unsere Lebensfrage, die Frage unserer nationalen Existenz und ein Mann, der uns nicht behagt, auf der anderen Seite eine faule Sache, aussichtslos für die Einheit wie für die Freiheit und ein Mann — nun? wie steht denn mit dem Mann? Herr von Bismarck vielleicht, die Minister-Garricatur oder Herr v. d. Pforden oder irgend ein anderer großer Geist aus der Kleinstaaterei? Wer kann da schwanken oder regieren. Wir wollen die Sache, mag's der Teufel selbst sein, der sie ausführt, und wir vertrauen auch der Macht der Ideen und der Logik der Thatfachen, daß Herr v. Bismarck gezwungen wird, den betretenen Weg durchzugehen bis an's Ende.

Ja! Bis an's Ende? Kurz vor Beginn des italienisch-französischen Krieges im Jahre 1859 sagte Jules Favre in der französischen Legislative zu den kaiserlichen Ministern: „Ich sage, daß es zwischen mir und Euch keine Versöhnung in Betreff der inneren Politik geben kann. Aber wenn Ihr den österreichischen Despotismus in Italien vernichtet, wenn Ihr Italien von ihm befreien wollt, so wird mein Herz, mein Blut, mein ganzes Wesen mit Euch sein. Doch werde ich mir nur vorbehalten, nach dem Siege dem Triumphtor Rechenenschaft abzufordern über die ewigen Principien, welche ihm seine Stärke draußen gegeben haben werden und welche unsere Stärke gegen ihn im Innern machen werden, wenn er uns die Freiheit nicht bewilligt, der er in Italien Achtung zu verschaffen gewußt hat.“ Man braucht nur an Stelle des Wortes „Italien“ das Wort Deutschland zu setzen, so ist in dieser musterhaften Erklärung des französischen Demokraten auch die Stellung der deutschen Fortschrittspartei zu Herrn von Bismarck markiert. Herr von Bismarck baute seine Politik auf den Einheitsdrang der deutschen Nation und indem er das allgemeine directe Wahlrecht zum Ausgangspunkte der neuen Bundesverfassung

*) Wir stimmen zwar nicht in allen Punkten mit dem Artikel überein, haben ihn aber gern aufgenommen, da er, obwohl von der äußersten Linken der Demokratie uns zugegangen, doch dieselben Anschauungen vertritt, die unmittelbar vor und nach dem Kriege von der entschiedenen liberalen Partei acceptiert und verteidigt worden sind.

D. Reb.

machte, appellirte er an das Freiheitsgefühl. Die Metternich'schen Principien, die in Deutschland bisher herrschten, waren durch und durch reactionär, in sich selbst fest und consequent. Die Legitimität, das Fürsichthum von Gottesgnaden, die Unmündigkeit des Volkes, der Feudalismus. Oesterreich der mittelalterlich-hierarchische, Preußen der moderne, militärisch-absolutistische Staat. Aber die Principien, denen Herr v. Bismarck den Sieg über den mittelalterlich-hierarchischen Feudalismus verdankt, sind demokratische, sind: die Volkswaffnung, der Wille des Volkes, das allgemeine Stimmrecht, die Selbstberechtigung der Nationalität. Durch die Ausbeutung dieser Principien hat Hr. v. Bismarck den Widerspruch in sein Gouvernement aufgenommen; ein Gouvernement, dessen theoretische Principien demokratisch, dessen Geist und Regierungsmittel reactionär sind, kann nur von vorübergehender Dauer sein, es muß aus seinem inneren Widerspruch heraustreten nach der Seite hin, welche die Schwerekraft besitzt. Und diese Schwerekraft liegt, durch das allgemeine directe Stimmrecht, im norddeutschen Bunde beim Volke, wenn dessen Vertreter scharf und rücksichtslos die Konsequenzen der deutschen Politik Preußens für die innere Politik ziehen, wenn sie dem Triumphator Bismarck Rechenenschaft abfordern über die ewigen Principien, welche ihm seine Stärke draußen gegeben haben und welche unsere Stärke gegen ihn im Innern machen.“

Herr von Bismarck ist mit unlöslichen Ringen an die Kette seines geschichtlichen Verhängnisses geschmiedet; er, der Reactionär, muß zur Durchführung seiner Politik die Macht und das Ansehen der demokratischen Principien erheben. Mag er daher auch noch ein Duzend Herrenhausreden wie die letzte halten, sie ändern an der Sache nichts; er glaubt zu schieben, doch er wird geschoben.

Breslau, 8. Februar.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ giebt sich den Anschein, zu glauben, als sei die Rede des Ministerpräsidenten über die Veröffentlichung der Parlaments-Verhandlungen falsch aufgefaßt worden, und kämpft dann gegen Windmühlensflügel. Sie meint nämlich, die liberale Presse habe aus jener Rede die Folgerung gezogen, die Regierung hege die Absicht, der Freiheit der Tribüne entgegenzutreten.“ Das zu behaupten, ist Niemandem eingefallen; das weiß die „Nordd. Allg. Ztg.“ so gut wie wir. Die Redefreiheit ist allerdings garantirt, aber mit Ausnahme der Wenigen, die zufällig auf den Zuhörers-Tribünen sich befinden, erfährt Niemand, was der Redner gesprochen hat; den Verhandlungen des norddeutschen Parlaments ist also der Boden der Öffentlichkeit entzogen. Das ist das punctum saliens. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt:

„Es ist bei den Verhandlungen des Reichstages für die Zeitungen die Möglichkeit vorhanden, umfangreiche genaue Berichte darüber zu bringen, so ist das einfach nicht wahr, und die „Nordd. Allg. Ztg.“ weiß es, daß es nicht wahr ist, denn sie fügt selbst hinzu: „nur muß die Wiedergabe von Beleidigungen, Verleumdungen und andern vom Strafgesetze bedrohten Ausbreitungen vermieden werden.“ Nun mag es mit Beleidigungen und Verleumdungen, die allenfalls erkennbar sind, noch gehen; wie steht es denn aber mit dem in den Presseproceß so oft angewandten § 101 des Strafgesetzbuchs, der von Schmähung der Anordnungen der Obrigkeit handelt? Jede liberale Zeitung wird mit diesem Paragraphen die wunderbarsten Erfahrungen gemacht haben. Was ist also die Folge? Die Zeitungen können wohl „umfangreich“ — daran hindert sie Niemand — aber weder „genau“ noch „wahrheitsgetreu“, sondern sie müssen gefälschte Berichte ins Publikum bringen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt ihre Verteidigung der Rede des Ministerpräsidenten mit den Worten:

Die Rede des Hrn. Ministerpräsidenten hat ihre tiefe politische Bedeutung. Es handelte sich, wie es scheint, wesentlich darum, diejenigen Regierungen zu beruhigen, welche durch die in den Wahlkreisen vielfach ausgesprochenen Ansichten von der Beförderung der Verfassung, die der Verfassungsentwurf ihm beilegt, nicht Widerstand zu leisten vermöge. Die Beförderung ist in jenen Kreisen herbeigetreten, daß Preußen wie im Jahre 1848 einer auf Mediatisierung der Bundesglieder gerichteten Agitation in der Presse Spielraum geben werde. Befürworter dieser Art durch eine offene Erklärung entgegenzutreten, ist eine Forderung der Politik, insbesondere in einem Augenblicke, wo es sich darum handelt, das norddeutsche Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen.

Das paßt, wie man zu sagen pflegt, wie die Faust aufs Auge. Weil die Regierungen die Beförderung hegen, durch Preußen mediatistirt zu werden, so dürfen die Zeitungen nicht wahrheitsgetreue Berichte aus dem Parlamente bringen. Das ist gerade ein so logischer Schluß wie jener: weil der Stock in der Ecke steht, so regnet es. Wir wiederholen: lieber kein Parlament, als eins, von dessen Verhandlungen das Volk Nichts oder, was noch schlimmer ist, nur Falsches erfährt. Von den Verhandlungen des vereinigten Landtages im Jahre 1847 erfuhr das Volk jedes Wort, und zwanzig Jahre später soll es über die Verhandlungen des norddeutschen Parlaments nur gefälschte Berichte erhalten? Das wäre ein Fortschritt!

Ueber die Verfassung des norddeutschen Bundes haben sich jetzt die Bevollmächtigten der Regierungen geeinigt. (S. unten die telegr. Dep.) Ob derselbe vor dem Zusammentritt des Parlaments veröffentlicht werden wird, ist nicht bekannt.

Die Gerüchte über eine wesentliche Besserung in den Beziehungen zwischen Preußen und Oesterreich treten mit immer größerer Zuverlässigkeit auf und scheinen auch in unrichtigen Kreisen Glauben zu finden. Man berichtet — schreibt uns unser Berliner Correspondent — daß am Wiener Hofe das Friedensbedürfnis über alle anderen Stimmungen die Oberherrschaft erlangt hat und daß auch Herr v. Beust sehr entschieden als Gegner der Reichs-Politik auftritt. Nach den Aspekten des Augenblicks dürften auch die Vollerwartungen zwischen Preußen und Oesterreich zu einem beiderseitig befriedigenden Ergebnis führen; die Differenzen in Betreff der Weingölle sind keineswegs von solcher Erheblichkeit, daß daran die Verständigung scheitern sollte.

Ueber die Ministerkrise in Oesterreich sind heute neuere Nachrichten nicht angekommen; es scheint, daß Herr v. Beust den Dualismus entschieden durchführen und liberale Elemente in's Ministerium ziehen will; man spricht bei dieser Gelegenheit von Herbst oder Gistra oder auch von Weiden zugleich.

In Italien bricht der Sturm gegen die Scialoja-Dumoureaux'schen Projecte immer stärker los und es ist gewiß, daß das Land sich mit denselben nicht leicht befreunden wird, obwohl die Möglichkeit ihrer Annahme durch die Kammer noch immer vorhanden ist, da die letztere, trotz der einmütigen Ablehnung jener Vorlage in den einzelnen Bureau's, eine Commission zur Betrachtung derselben eingeseht hat. Es läßt sich nämlich, was jenen Widerstand anlangt, nicht wegdisputiren, daß das Langrand'sche Project nur Vortheile

für den Clerus bringen würde. Obenein aber ist kaum zu begreifen, wie dadurch den Finanzen Italiens wirklich aufgeholfen werden sollte. Herr Langrand hätte nämlich 600 Millionen zu zahlen gehabt; von dieser Summe wären in Abrechnung zu bringen 10 pCt. Commission = 60 Millionen. Die Regierung übernahm ferner die Verpflichtung, die Municipalitäten zu entschädigen für den Ausfall des Antheils an den Kirchengütern, zugesichert durch das Gesetz vom 7. Juli 1866 = 60 Millionen. Außerdem waren die Gebäude zu bezahlen, welche seit der 1855 erfolgten Einziehung der Güter tochter Hand in Sardinien von dem Gouvernement in Besitz genommen worden; und zurückzuerstatten die f. g. ecclesiastische Kasse, welche 14 Mill. Rente erhält, beides zusammen mindestens 150 Millionen. Bleiben also 330 Mill., welche in sechs Annuitäten 55 Millionen jährlich dem Staate geben. Und für diesen Betrag wollte Herr Scialoja der Geistlichkeit in dem Augenblicke, wo sie einen Staat im Staate zu bilden im Begriff steht, die Verfügung über 1200 Millionen lassen!

Mit Recht ist man begierig darauf, ob die Regierung es in der That erst noch auf das Votum des Parlaments wird ankommen lassen und man ist eher zu der Annahme geneigt, daß der Finanzminister seine Entlassung nehmen wird, so sehr auch im Uebrigen dessen Rücktritt bedauert werden würde. Uebrigens glaubt man, daß Ricafoli, der mit so viel Eifer für den Plan eingetreten ist, seinen Collegen nicht allein werde ausweichen lassen. Die Zahl der Abgeordneten, welche etwa für das Project stimmen würden, berechnet man auf höchstens 40. — Aus Rom schreibt man dem „Monde“, man könne jetzt beinahe mit Bestimmtheit annehmen, daß die letzten Classe des römischen Nationalcomité's gar nicht in Rom gedruckt seien. Wahrscheinlich befindet sich die „Tipografia Nazionale“ gar nicht auf römischem Gebiete. Die Proclamation des Comité's an die römische Emigration sei in Rom selbst erst bekannt geworden, als sie bereits von französischen Journalen in einer Uebersetzung erschienen gewesen.

Die Nachrichten aus Frankreich sind heute von keiner großen Bedeutung. Am bemerkenswerthesten ist jedenfalls die, daß sich Graf Bismarck mit Herrn v. Beust über die orientalische Frage verständigt habe, nachdem gestern gemeldet worden war, daß Frankreich eine Einigung mit Rußland und Oesterreich zu gemeinsamem Auftreten in der Türkei zu Gunsten der Christen zu Stande gebracht hat. Was übrigens — um bei dieser Gelegenheit dies gleich mit zu berühren — die Nachrichten aus dem Orient überhaupt anlangt, so lauten dieselben noch immer bedrohlich, da die Griechen nicht Willens sind, den Kampf gegen die Türken aufzugeben, sondern ihn vielmehr so lange fortzusetzen, bis sie von den europäischen Mächten unterstützt werden. (Vergleiche jedoch die unten folgende Berliner Correspondenz.) Daß die Widersprüche in den Berichten aus dem Orient noch immer fortdauern, brauchen wir beinahe kaum zu bemerken. Offenbar verdienen indeß die Nachrichten, welche dem Wiener „Wanderer“ aus Konstantinopel zugehen, vor den telegraphischen Nachrichten der „Independance“ den Vorzug, und während also die letztere sich aus Konstantinopel schon die völlige Pacification Candia's melden läßt, erscheint es jedenfalls glaublicher, wenn der „Wanderer“ meldet, daß Kreta jetzt mehr als je in der Lage sei, seine Freiheit zu erringen, indem den Insurgenten fortwährend neue Unterstützung, namentlich auch an Mannschaften und Munition, zugeführt werde.

Eben hiermit stimmt auch eine Correspondenz der „D. A. Z.“ aus Belgrad überein, welche versichert, daß der Aufstand in Candia nichts weniger als unterdrückt sei. — Interessant ist sodann der Bericht, welchen das „Journal des Debats“ seinen Lesern über die deutschen Zustände giebt. Dasselbe berichtet nämlich, daß die liberale Partei gegenwärtig in Norddeutschland überall die größten Anstrengungen macht, um ihre Candidaten für das Parlament durchzusetzen. Es gehe daraus hervor, daß das politische Leben in Preußen bei Weitem nicht so in den Hintergrund gedrängt worden sei, wie französische Bestimmlisten dies nach den militärischen Erfolgen der preussischen Regierung vorausgesetzt hätten. Ferner halten die „Debats“ es für gewiß, daß auf die jetzt in Stuttgart in Angriff genommene Militärorganisation ein Allianzvertrag zwischen Preußen und den Süddeutschen folgen werde. — Im Uebrigen sind die französischen Blätter fast nur mit Mittheilungen über die inneren Reformen angefüllt, welche im höchsten Grade ermüdend erscheinen und, da sie fast nur auf Vermuthungen beruhen, einer näheren Besprechung kaum werth sind. Das Wichtigste ist noch, daß man der Regierung die Absicht zuschreibt, vom gesetzgebenden Körper die Abschaffung der Incompatibilität zwischen dem Ministerposten und dem Mandate eines Deputirten zu verlangen. Es wäre nämlich nicht unmöglich, daß dem Kaiser bei diesem Gesetzborschlage die Eventualität von Ministerveränderungen in liberaler Richtung vorschwebte.

Unter den englischen Blättern ist namentlich der „Herald“ entschieden der Ansicht, daß der kretische Aufstand noch lange fortzudauern und daß er immer wieder von Neuem ausbrechen werde, bis er die Welt ermüdet. Was die Vorschläge zur Beilegung der orientalischen Wirren betrifft, so spricht er seine Meinung dahin aus, daß, wenn man eine Panacee für die Leiden des Orients einmal suche, eine Ausbreitung Griechenlands eine wenigstens ebenbürtig versprechende Lösung sei, wie jener seltsame Vorschlag, den unlängst eine Großmacht vorgebracht haben soll, einen Bund griechischer und slavischer Staaten mit ihrem Regierungssitz in Konstantinopel zu gründen. Eine Vermehrung der europäischen Staaten, sagt das Blatt, könnte zu enbloßer Verwirrung führen, und ein schlecht beklüfteter Staatenbund, im Besitze der Thore des Ostens, könnte bald in bedenklicherer Form jene beklagenswerthen Mißverständnisse wieder hervorrufen, die vor vierzehn oder dreizehn Jahren den Krimkrieg entzündeten.

In den Niederlanden hat namentlich die jetzt zur öffentlichen Kenntniß gelangte Antwort des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Graf Zuylen auf den Commissionsbericht der zweiten Kammer über die Limburger Frage eine sehr freudige Aufregung hervorgerufen. Graf Zuylen betrachtet nämlich die Ablösung Limburg's von Deutschland als factisch vollzogen durch den letzten Krieg; indeß sieht er allerdings eine internationale Sanction des Geschehenen noch immer als wünschenswerth an. Hinsichtlich der Scheldesfrage erklärte derselbe Minister die Ansicht für irrig, als ob die Commission der drei Großmächte zur Untersuchung jener Frage irgendwie feindlich gegen Holland erschienen.

Die spanische Presse äußert sich in sehr anerkennender Weise über die Bemühungen des Washingtoner Cabinet's, im Sinne des Friedens zwischen Spanien und den Republiken des stillen Oceans sowohl als zwischen Paraguay und Brasilien nebst dessen Verbündeten zu vermitteln. Man zweifelt nicht mehr am Erfolge der Vermittlung zwischen Spanien und der Quadrupel-Allianz und verspricht sich eine rasche Wiederherstellung des Handelsverkehrs und der Geschäfte. Es ist kaum zu berechnen, welche Verluste besonders Spaniens Buchhandel, sein Abfah von Weinen, Spiritus und Del durch diesen Krieg erlitten hat.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 8. Februar.

27. Sitzung des Herrenhauses.

Eröffnung 12½ Uhr. Die Tribünen sind leer. Am Ministertische: Handelsminister Graf zu Hohenhausen, Justizminister Graf zu Lippe und mehrere Regierungs-Commissarien.

Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode theilt mit, daß bei der gestern vorgenommenen Wahl von 2 Schiffsführern die Herren Graf Solms-Sonnenwalde und v. Krosow-Messing gewählt worden sind.

Es wird darauf in die Tages-Ordnung eingetreten, deren erster Gegenstand der Bericht der Finanz-Commission über die Eisenbahnanleihe ist. — Die Commission beantragt, den § 6 des betreffenden Gesetzes in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung zu genehmigen.

Berichterstatter Dr. Cwanger befragt den Commissions-Antrag. Wenn man auch den § 6 in seiner jetzigen Fassung an und für sich nicht für ganz zweckmäßig erachten könne, so müsse man doch, um das Zustandekommen dieses so wichtigen Gesetzes zu ermöglichen, zumal, nachdem sich die Staatsregierung damit einverstanden erklärt habe, von den Bedenken Abstand nehmen und dem Paragraphen zustimmen.

Herr v. Kleist-Kosow erkennt an, daß die jetzige Fassung des § 6 eine nicht unwesentliche Milderung enthalte, die es dem Hause leichter mache, darauf einzugehen, indem ausdrücklich das Prinzip anerkannt sei, daß andere Bahnen verkauft werden können. Er könne aber nicht zugeben, daß dieser Paragraph identisch sei mit dem neulich bei der Ostlin-Danziger Bahn angenommenen, da jenes eine ganz neue Bahn sei, hier aber nur nötige Reparaturen vorgenommen werden sollten. Der Grund, den die Staatsregierung proclamiert, daß der Verkauf von Bahnen, die durch Schulden und Nebenverpflichtungen mit den Staatsfinanzen, durch die Regierung unsittlich sei, könne er nicht als richtig anerkennen.

Handelsminister Graf Hohenhausen: Die Staatsregierung hat das Amendement gründlich geprüft und ist der Ansicht, daß sie ihnen dasselbe mit gutem Gewissen zur Annahme empfehlen kann. Die Staatsregierung hat sich schon immer nicht für befugt erachtet, Bahnen ohne Zustimmung der Landesvertretung zu verkaufen, aber deren Renten zu speziellen Zwecken für Schulden dieser Bahnen verfügt war, und hat auch hiernach gehandelt. Ferner hat sich das Haus schon selber mit der Regierung damit einverstanden erklärt, daß es bei neuen Bahnen zulässig ist, solche Bedingungen zu stellen, und hat eine solche Bedingung selbst genehmigt. In dem Amendement des Abgeordnetenhauses ist aber nur für die Bahnen und Bahntheile, für welche Verwendungen gemacht werden sollen, dasselbe Prinzip in Anwendung gebracht worden. Die Beschränkung der Staatsregierung bezieht sich auf die Veräußerung der Bahnen, nicht aber auf die Verpachtung. Ich bitte deshalb im Auftrage und im Namen der Staatsregierung um die Annahme des Gesetzes, dessen großer Nutzen allseitig anerkannt ist.

Nachdem noch Herr v. Below und Ref. Dr. Cwanger die Annahme des § 6 befragt, wird das Gesetz in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form mit großer Majorität angenommen; dagegen u. A. Graf Brühl, v. Kleist-Kosow, v. Krosow.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Handels-Commission über das Gesetz, betreffend den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten. — Die Commission beantragt: „dem Gesetzentwurf, betreffend den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten, zwar nicht zuzustimmen, wohl aber die Erwartung auszusprechen, daß die künftige Staatsregierung möglichst bald selbst einen Gesetzentwurf vorlege, welcher die Befugnisse der Beamten und Agenten der Versicherungs-Gesellschaften, auch außerhalb ihres Wohnortes Verordnungen ausüben zu dürfen, regelt.“

Berichterstatter Herr Hasselbach befragt diesen Antrag. Herr von Meding desgleichen.

Graf Brühl ist gleichfalls gegen den Commissionsantrag und bittet, das Gesetz einfach zu verwerfen, da die Folge eines solchen Gesetzes Ueberverversicherungen und Brandsiftungen sein würde. Die Versicherungen müßten genau beaufsichtigt werden. Auch der Ausdruck „Erwartung“ im Antrage passe ihm nicht recht; bis jetzt habe das Haus immer nur den „Wunsch“ oder die „Hoffnung“ ausgesprochen, das Wort „Erwartung“ schmecke zu sehr nach dem andern Hause.

Herr v. Senden ist gegen den Antrag, da das Haus eine zu große Belästigung mit sich bringe und speziell das Haus der Versicherungs-Agenten eine große Gefahr mit sich bringe. Wenn man für die Resolution stimme, könne man auch das Gesetz des Abgeordnetenhauses annehmen.

Handelsminister Graf Hohenhausen erklärt sich mit den beiden letzten Reden einverstanden; seine persönlichen Erfahrungen und die Berichte der Regierungen sprächen dafür, daß ein Bedürfnis für das Haus der Agenten nicht vorhanden sei, da es in jedem kleinen Orte eine Menge von Agenten gäbe. Er bittet deshalb um Verwerfung des Gesetzes. Die Resolution selbst habe keinen weiteren Zweck. Die Gewerbebeschränkung müsse so wie so nachstens mit Rücksicht auf die neuerworbenen Landesrechte revidirt werden; dabei werde auch das Haus-Reglement gründlich erwogen werden. Mit Bezug auf die Feuerversicherungen halte er das Haus für unbedingt schädlich.

Herr Hasselbach befragt nochmals den Commissionsantrag. Die Frage müsse endlich einmal geregelt werden. Wenn der Herr Minister gegen die Ausbreitung der Feuerversicherungen wäre, so möge er lieber gar keine Feuerversicherungen mehr concessioiniren, das wäre wenigstens consequent.

Wenn man das Haus unterfrage, schneide man alle Concurrenz gegen die schon gut situierten Gesellschaften ab und das Publikum müsse dann höhere Prämien zahlen. Durch Annahme der Resolution werde die Regierung aufgefordert, die Sache nochmals ernstlich zu erwägen; dies wünsche er gerade mit Rücksicht auf die Hagelversicherungen.

Der Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses wird abgelehnt, ebenso die von der Commission vorgeschlagene Resolution.

Schluß 1½ Uhr; nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 6. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Domänen-Bachern, Ober-Amtmann Hayner zu Strohwalde und Ober-Amtmann Friedrich Wilhelm Meyer zu Bettin, den Charakter als Amts-Rath, sowie dem Geh. Kanzlei-Inspector im Justiz-Ministerium Friedrich Julius Glashöfner den Titel „Kanzlei-Rath“ verliehen.

Dem Maschinen-Fabrikanten W. Bedding in Berlin ist unter dem 4. Februar 1867 ein Patent auf einen Ventilator auf 5 Jahre ertheilt worden.

[Bekanntmachung.] Zu Stenzewo, im Regierungsbezirk Posen, ist am 5. d. M. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienste eröffnet worden.

Der Rechtsanwalt und Notar Herrmann in Freiburg ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Glatz, mit Anweisung seines Wohnsitzes dorthin, versetzt, und der bisherige Kreisrichter Dr. Gapp zu Beuthen O.S. zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Oslaw und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Oslaw, ernannt worden. — Der Rittergutsbesitzer Baron v. Kramm zu Rhode in Hannover ist zum ordentlichen Mitgliede des Landes-Oekonomie-Collegiums von dem Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ernannt worden.

[Bekanntmachung.] Unter Bezugnahme auf den § 9 des Gesetzes vom 27. September v. J. (S. 586) wird hierdurch bekannt gemacht, daß am 31. Januar d. J. 4,717,000 Thlr. in Darlehnsanleihen in Umlauf gewesen sind.

Berlin, 7. Febr. [Se. Majestät der König] nahmen heute den Vortrag des Kriegs-Ministers und Militär-Cabinetts entgegen, empfangen und erwiderten den Besuch Sr. königl. Hoheit des Grafen von Flandern und ertheilten dem italienischen Gesandten, Grafen v. Barral, eine Audienz.

[Ihre Majestät die Königin] empfing heute den Besuch Sr. königl. Hoheit des Grafen von Flandern. — Gestern erschienen beide königlichen Majestäten in der Abend-Gesellschaft des Oberst-Kammerers Grafen Redern.

[Se. königl. Hoheit der Kronprinz] empfing im Laufe des gestrigen Tages den königl. Gesandten Hrn. v. Werthern und den Geh. Regierungs-Rath Pehlemann. Abends beehrten Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin mit den hiesigen Herrschaften das Friedrich-Wilhelms-Städtische Theater mit Ihrer Gegenwart. (St.-Anz.)

— Berlin, 7. Febr. [Vom Landtage. — Der Graf von Flandern. — Die Verfassung des norddeutschen Bundes.] So wird denn bis zum Landtagschluß doch der Sonnabend herankommen. Die Annahme der Eisenbahn-Vorlage mit der Anleihe von 24 Mill. Thlr., sowie des Genossenschafts-Gesetzes lagen der Regierung besonders am Herzen und werden das Ihrige zur freundlichsten Gestaltung der Thronrede beitragen. Man meint, daß selbst die Vollziehung der Schlusszeremonie durch Se. Maj. den König in Person davon abhängig gewesen sei, zumal da sich der Monarch von seinem Unwohlsein völlig erholt hat und sich des besten Wohlbefindens erfreut. Das Gesetz über Abänderung einiger Bestimmungen des Postwesens, den das Herrenhaus nach der Regierungsvorlage angenommen, wird in dieser Fassung vom Abgeordnetenhaus übrigens jedenfalls verworfen und somit also in der Schwebe bleiben. Es ist dies um so wünschenswerther, als dies Gesetz in der That eine Erhöhung des Porto's involviret. Ein sehr großer Theil der Mitglieder des Abgeordnetenhauses hat bereits die Heimreise angetreten, so daß die Beschlußfähigkeit (176 Mitglieder) kaum um ein Paar Dugend überstiegen werden möchte. Die Räder vertheilen sich übrigens gleichmäßig unter allen Fractionen. — Heute Abend findet eine große Soiree im königlichen Palais statt, zu welcher viele hervorragende Mitglieder des Abgeordnetenhauses Einladungen erhalten haben. — Die Hoffeste haben durch die Ankunft des Grafen von Flandern (Bruder des Königs der Belgier) erhöhten Glanz erhalten. Der Prinz, welcher sich als Bräutigam der jugendlichen amnuthigen Prinzessin Marie von Hohenzollern-Sigmaringen den Mitgliedern der königl. Familie vorzustellen diesen Morgen hier angekommen ist, bewohnt die Gemächer der Prinzessin Marie im k. Schloß. Bei den ungemein innigen Beziehungen zwischen dem k. Hofe und der fürstlichen Familie ist es erklärlich, daß dem Prinzen besondere Auszeichnungen ent-

gegengetragen werden. — Es ist zu bemerken, daß die Verhandlungen über die Bundesacte der norddeutschen Staaten noch immer nicht zum Abschluß gekommen, während man denselben schon vor fast 8 Tagen mit Bestimmtheit erwartete. Es heißt, daß noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten auszugleichen wären, wozu auf vertraulichem Wege Schritte geschehen sollen; man spricht ferner, daß im Laufe der nächsten Woche die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfes zu erwarten wäre, andererseits aber heißt es, der Entwurf würde vor den Parlaments-Verhandlungen gar nicht bekannt werden. — Die verschiedenen Parteien lassen zu Tausenden Stimmzettel mit den Namen ihrer Candidaten drucken, welche am 12. d. vor den Wahl-Localen vertheilt werden sollen.

3 Berlin, 7. Febr. [Die orientalische Frage und die Erhaltung des europäischen Friedens.] In den Nachrichten über den Stand der orientalischen Frage läuft viel Widerspruchswolles durch einander; aber sie stimmen alle darin überein, daß augenblicklich ein Stadium der Beruhigung eingetreten ist. Die Thronrede der Königin von England findet sich mit diesen Verhältnissen, wie mit allen anderen politischen Fragen in sehr allgemeinen Wendungen ab. Sie legt den Ton auf das Gemeinsame in den bisherigen Schritten Englands, Frankreichs und Russlands, obwohl diese Gemeinsamkeit wesentlich einen negativen Charakter an sich trug und von einer inneren Gleichartigkeit der Bestrebungen weit entfernt war. Wenn die Königin Victoria bei der Besprechung der orientalischen Verhältnisse immer nur auf England, Frankreich und Rußland Bezug nimmt, so erklärt sich dies einfach aus dem Umstande, daß diese drei Staaten verhältnismäßig als die Schutzmächte Griechenlands gelten, wie sie bisher bei allen auf den Orient bezüglichen Fragen das entscheidende Wort gesprochen haben. Indessen ist es nicht minder thatsächlich, daß bei den jüngsten Unterhandlungen die Mitwirkung Preußens und Oesterreichs nicht gefehlt hat. Das Interessengebiet der preussischen Politik wird zwar nicht unmittelbar durch die orientalische Frage berührt; doch hat Preußen in Folge der jüngsten Ereignisse eine so achtungsgebietende Stellung erlangt, daß die Mächte, welche an die Regelung der orientalischen Verhältnisse denken, Werth darauf legen müssen, einen etwaigen Antagonismus von Seiten des führenden deutschen Staates fern zu halten. Oesterreich ist naturgemäß viel näher an der Sache theilhaftig und braucht die Ruhe im Orient ziemlich eben so dringend wie die türkische Regierung selbst. Die jüngsten Bemühungen des Herrn v. Beust sind daher keineswegs aus der bloßen Eitelkeit des Staatsmannes zu erklären, sondern entspringen vorzugsweise aus dem Wunsche, die im Orient drohenden Gewitterwolken noch für eine gewisse Zeit zu zertheilen. Dieser Wunsch scheint allerdings in Erfüllung zu gehen, und zwar um so eher, als jetzt nicht mehr von einer Tripelallianz zwischen Oesterreich, Frankreich und England, also gewissermaßen von einem Truppbündnis gegen Rußland, die Rede ist, sondern eine Verständigung der genannten drei Mächte mit Rußland in Aussicht genommen wird. Von derartigen Combinationen ist seit Kurzem in Mittheilungen aus Wien und Paris die Rede; doch hält man auch in hiesigen politischen Kreisen das Gelingen der angekündigten Unterhandlungen für wahrscheinlich. Keine der beteiligten Mächte findet sich schon für die nächste Zukunft kampfbereit, und deshalb bieten sie Alle gern die Hand zu einer Verlängerung des Waffenstillstandes. Oesterreich und die Westmächte glauben der russischen Action Fesseln, anzulegen, indem sie das Petersburger Cabinet für gemeinsame Schritte gewinnen, und andererseits hofft die moskowitzische Politik, auf gefahrlosem Wege ihren letzten Zielen ein gutes Stück näher zu kommen, wenn die europäische Diplomatie mehr und mehr die Bande lockert, welche das türkische Reich zusammenhalten. So stellt die neueste Phase der orientalischen Verhandlungen sich dem unbefangenen Urtheil dar.

[Nichtbestätigung.] Die „Berl. Ref.“ berichtet, daß die Wahl des Stadtverordneten v. Hennig zum unbefol deten Stadtrath nicht bestätigt worden ist.

Aus Nordschleswig, 3. Februar. [Entlassung.] Pastor Christensen in Tostlund, welcher f. Z. die Abhaltung des angeordneten Friedensgottesdienstes ausdrücklich verweigerte, ist ohne Pension entlassen worden. (S. C.)

Δ Gießen, 5. Febr. [Berufung an die Universität.] Der um die medicinischen Wissenschaften hochverdiente Geh. Medicinalrath Dr. Phöbus, ordentlicher Professor der Arzneimittellehre u. an unserer

Die Afrikanerin.

II.

Die Entstehung dieser Oper hat eine lange Geschichte, auf die wir hier nicht eingehen können. Hervorheben wollen wir nur, daß, obwohl Meyerbeer sich seit einer langen Reihe von Jahren und sogar noch vor dem „Propheten“ mit dem Gegenstande beschäftigt, die hervorragendsten Nummern der „Afrikanerin“ nach unzweifelhaften Zeugnissen aus den 60er Jahren stammen, daß diese Partitur also als die vierte und letzte unter den großen Opern Meyerbeer's hinzustellen ist. 1831 „Robert“, 1836 „Hugenotten“, 1849 „Prophet“, 1865 „Afrikanerin“.

Die letzte der Zeit nach, dünkt sie dies und aber keineswegs auch ihrem Gehalte nach zu sein. Sie erreicht zwar nicht die „Hugenotten“, welche uns den Höhepunkt von Meyerbeer's Productionen bezeichnen und zu denen sie sich etwa wie das Alter zur Manneskraft verhält, aber sie ist darum nicht als das Product eines hinfälligen, sondern vielmehr eines reifen Alters zu betrachten, das sich noch im Vollbesitze seiner Kräfte befindet. Dieser Meyerbeer aus den 60er Jahren verfügt noch ganz wie der aus den 30ern über einen gewaltigen Reichtum von Mitteln, und dieses letzte Werk wird stets zu den ersten der Neuzeit zählen. Die „Afrikanerin“ bezeichnet keine neue Phase in der künstlerischen Bahn Meyerbeer's, sie schließt sie vielmehr ab und reißt sich den vorangegangenen Werken auf das Würdigste an. Sie ist in ihren Grundzügen von demselben genialen Kosmopolitismus getragen, mit welchem Meyerbeer nach Abschluß seiner italienischen Periode so epochemachend im „Robert“ debütierte, und der trotz aller dagegen erhobenen Einwendungen sich noch heute so siegreich auf allen Opernbühnen der Welt behauptet. Sie ist überreich an Melodie, gewaltig in der Massenwirkung, mannigfaltig und fesselnd in der Entwicklung der dramatischen Situation und ebenso imposant als reizvoll in der Instrumentation. Daß manches Bizarre und Triviale mit in den Kauf zu nehmen ist, kann nach den früheren Werken nicht überraschen. Eine wesentliche Beeinträchtigung wird dadurch nicht verursacht.

Nach diesen allgemeinen Andeutungen über den Gesamtcharakter der Oper, wollen wir nun deren hervorragende Einzelheiten bezeichnen. Als eine solche ist das Finale des ersten Actes zu nennen, eines der großartigsten Gemälde, das sich der Scene der „Schwermüthe“ in den Hugenotten an die Seite stellen darf. Die Scene beginnt mit einem Gebet, einem imposanten Unifono von Bassstimmen, steigert sich zu machtvoller Wirkung mit den Chören und gipfelt nach Wiederholung des Unifono in dem gegen Vasco geschleuderten Fluche. Die Melodie Vasco's, welche das Hauptmotiv in dem letzten Ensemble bildet, ist überaus gefällig und ansprechend, während das Motiv, welches Vasco's Erscheinen ankündigt, eine frische, heroische Färbung trägt. — Selika's „Schlummer-Arie“ im zweiten Acte ist von schöner Melodik und leichter Fälschheit. Bei Weitem bedeutender aber ist die darauf folgende Arie Melusco's, die in der Cantilene: „Dir Königin bin ich er-

geben“ voll Adel und Innigkeit, im Allegro voll hinreißender Gluth, dramatisch wie musikalisch zu den Höhepunkten der Oper gehört. Das Septett, welches das Finale dieses Actes bildet, hat im Gegensatz zu dem des ersten einen ganz lyrischen Charakter und wird stellenweise ohne Beihilfe des Orchesters ausgeführt. Dieser Gesang a capella, in welchem die Melodie der Ines aus der Introduction dominirt, macht einen überraschenden und tiefen Eindruck.

Im dritten Acte sind die Doppelschöpfung ebenso effectvoll als musikalisch schön. Besonders charakteristisch ist das Gebet der Männer „Sanet Dominik“ mit der Melodie in den Bässen. Am bedeutendsten trat aber auch in diesem Acte Melusco's „Ballade“ hervor, ein äußerst originelles Stück mit obligatem Holzgeklapper der Violinbogen auf den Saiten. Im vierten Acte reißt sich Selika Schönheit an Schönheit. Schon die Ueppigkeit des instrumentalen Colorits, womit der tropische Schauplatz charakterisirt wird, übt einen großen Zauber aus. Selika's Singzug, ihr Begegnen mit Vasco, und hier wieder hervorragend die Scene Melusco's, in welcher er gegen sein eigenes Herz und Gewissen Zeugniß ablegen soll und in welcher die Baritonstimme machtvoll über den anderen schwebt, der Marsch nach dem Tempel, das Alles ist musikalisch wie dramatisch meisterhaft behandelt und erhält seinen Gipselpunkt in dem Liebesduett zwischen Selika und Vasco, das man nicht mit Unrecht als ein würdiges Seitenstück zu dem berühmten Duett des 4. Actes in den „Hugenotten“ bezeichnen hat. Freilich ist die Situation dort von ungleich tieferer und bedeutenderer Wirkung.

Der letzte Act endlich, bestehend in der Sterbescene Selikas unter dem Gistbaum, glänzt durch die rührende Einfachheit in dem Gesange Selikas, zu deren Füßen dann Melusco seine treue Seele aushaucht. Eingeleitet wird diese Scene durch ein kurzes Präludium, das durch eine breite und edle Melodie, ausgeführt im Unifono von den Violinen auf der G-Seite, Bratschen, Violoncellen, Clarinetten und Fagotten, einen mächtigen Eindruck hervorbringt.

In der Darstellung auf der Bühne nahmen von Hause aus die beiden fremdartigen Gestalten „Selika“ und „Melusco“ das lebhafteste Interesse in Anspruch. Beide sind von dem Componisten offenbar mit besonderer Vorliebe behandelt, und im „Melusco“ namentlich wird uns ein musikalisch wie dramatisch ganz eigenthümliches Charakterbild geboten. Mit der glücklichen Besetzung dieser beiden Rollen durch Fr. Orzani und Hrn. Robinson konnte daher auch der Erfolg der Oper als gesichert angesehen werden.

Die Leistung der Ersteren als „Selika“ ist bewundernswürdig, um so bewundernswürdiger, als die Sängerin bei Weitem mehr durch zarte und milde Färbengebung als durch die Wucht des pathetischen Ausdruckes zu glänzen berufen erscheint und dieser Ausdruck in der Rolle der „Selika“ gerade keine untergeordnete Stelle einnimmt. Fr. Orzani hat diese Schwierigkeit jedoch als echte Künstlerin überwunden und mit

genauester Abwägung der Mittel die großen Scenen im 4. Acte mit einer dramatischen Wirklichkeit in Gesang und Spiel ausgeführt, die das Publikum zu den stürmischsten Beifallsbeweisen fortriß. Wir brauchen wohl kaum hinzuzufügen, daß die Sängerin im letzten Acte, wo die lyrische Stimmung vorwaltet, besonders Vorzügliches leistete. Gelb, wahr und ergreifend im Ausdruck, hatte dieser Gesang in der Sterbescene etwas Weibliches und unendlich Rührendes. Die Künstlerin hat mit dieser Leistung einen neuen Schmuck in den glänzenden Kranz ihrer bisherigen Rollen eingefügt.

Der „Melusco“ des Herrn Robinson dürfte kaum zu übertreffen sein. Wir erhalten ein dramatisches Charakterbild von einem höchst originellen Gepräge. Gleich sein erstes Erscheinen vor dem Tribunal giebt in Miene und Bewegung das wilde und ungekürzte Wesen eines Sohnes des heißen Südens zu erkennen. Diese Auffassung, unterstützt von dem feurigen Temperament des Künstlers, giebt den Grundton für die Darstellung, die, reich an packenden Einzelheiten, sich durchweg zur vollen Einheit gestaltet. Von naturwüchsiger Wildheit in den leidenschaftlichen Momenten, wird die Gestalt hinreißend und überwältigend, wo Melusco sich von den Gefühlen der Liebe und des Gelmuths ergreifen läßt. Die Cantilene in dem zweiten Acte vor Selika war von unbeschreiblichem Eindruck, Spiel und Gesang in der großen Scene des 4. Actes glänzten durch tief innerliche Wahrheit und dramatische Belebtheit, während die Ballade im 3. Acte, in ihrem mit dem Charakter wider Fröhlichkeit wiedergegebenen Vortrage, zu einem der originellsten Gebilde wurde, welche die Opernbühne zu bieten vermag. Fesseln von Anfang bis zu Ende, gleich hervorragend im Gesange wie in der Darstellung, wird uns dieser „Melusco“ unvergänglich bleiben.

Das genannte Künstlerpaar ist am Abend der ersten Vorstellung durch Beifallsbezeugungen aller Art (Hervorrufe, kostbare Bouquets, Kränze) auf das Schmeichlichste ausgezeichnet worden. Aber auch die übrigen Mitwirkenden verdienen unsere volle Anerkennung. Herr Voglig leistete als „Vasco de Gama“ recht Rühmliches, Frau Röcke-Lundh ist eine ganz treffliche „Ines“, und die Herren Rieger, Prawit, Riek und Meinhold führen die secundären Partien höchst befriedigend aus. Das verstärkte Orchester bewährte seine alte, anerkannte Tüchtigkeit und der Dirigent, Herr Dr. Damrosch, bediente sich mit Ruhm. Die Ehre thaten ihre Schuldigkeit. Daß sie nicht viel mehr als musikalische Umrisse zu geben vermögen, ist nicht ihre Schuld. Decorationen wie Costüme fanden allgemeinen Beifall und die bei der beschränkten Räumlichkeit doppelt schwierige Inszenirung war von den Herren Rieger und Stegmann mit vielem Geschick arrangirt. Das gefüllte Haus gab denn auch seine Zufriedenheit mit der Gesamtauführung in wiederholter und lebhafter Weise zu erkennen.

M. K.

Unterstützt, ist auf seinen Antrag pensioniert worden. Wie wir hören, hat der Senat unserer Ludoviciana die Vorschläge für die Wiederbesetzung dieser Professur dem großherzoglichen Ministerium übermittelt und auch einen Dozenten der Breslauer Hochschule, Herrn Dr. Georg Lewald, für diese Professur in Vorschlag gebracht.

Wiesbaden, 5. Febr. [Finanzielles.] Von Berlin ist vor einigen Tagen die Weisung hier eingetroffen, das 1868 er Budget für Nassau alsbald aufzustellen und am 1. März in Berlin vorzulegen. Um diesen Termin pünktlich einhalten zu können, sind die Buchführer unserer Oberbehörden vollaus beschäftigt; die Aufstellung ist eine um so schwieriger, als dieselbe genau den Formen entsprechen soll, wie solche für die alten Landestheile der Monarchie bestehen. (N. K.)

Frankfurt, 6. Febr. [Deputation in der Contributionsangelegenheit.] Die ständige Bürgerrepräsentation hatte in ihrer Sitzung vom letzten Sonnabend die Abendung einer Deputation an den König behufs einer Remonstration in der Contributionsangelegenheit beschlossen. Zu Mitgliedern dieser Deputation waren die Herren Dr. Schlemmer, Dr. Juch, Philipp, Schmidt-Pöler, Alex. Scharff und Julius Chun designiert worden. Darauf ist heute nachstehendes Schreiben des Civil-Administrators, Herrn v. Patow, an den Senior der ständigen Bürgerrepräsentation ergangen:

„An den Senior und Director der ständigen Bürgerrepräsentation Herrn Meyer Hochwohlgeboren.
Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich die Abschrift einer gestern Abend eingegangenen telegraphischen Depesche mit dem ergebnissen Schreiben mitzuthemen, die für die Deputation gewählten Mitglieder von dem Inhalte derselben gefälligst in Kenntniß setzen zu wollen.
Frankfurt a. M., den 6. Februar 1867.

Der Civil-Administrator
Herr v. Patow.“

„Telegraphische Depesche.
Berlin, den 5. Februar 1867.

Recommandirt.

Der Minister-Präsident an den Staatsminister Freiherrn v. Patow zu Frankfurt a. M.

Des Königs Majestät wollen die angekündigte Deputation der Stadt Frankfurt erst nach dem 12. d. Mts. empfangen.
gez. Graf von Bismarck.“

Frankfurt a. M., 6. Febr. [Die Kriegs-Contributionen-Gelder.] An die Unterzeichner der an das Staats-Ministerium gerichteten Vorstellung mehrerer Einwohner aus Frankfurt a. M. wegen Rückzahlung der eingezahlten Kriegs-Contributionen-Gelder ist unterm 4. d. M. von dem Hrn. Finanz-Minister folgender Bescheid ergangen:

Den Herren Unterzeichnern der an das königl. Staats-Ministerium gerichteten Vorstellung vom 20. v. M., welche zur weiteren Veranlassung an mich abgegeben worden ist, erwidere ich, daß die von der Stadt Frankfurt a. M. baar eingezahlte Kriegs-Contribution von 5,747,008 $\frac{1}{2}$ fl. ihre definitive Verwendung nach Maßgabe des Gesetzes vom 28. September v. J. (Ges.-Samml. S. 607) bereits gefunden hat und eine Zurückzahlung derselben ebenso wenig wie die außerdem beantragte Schadloshaltung in Aussicht gestellt werden kann. Nach der von dem Hrn. Minister-Präsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Grafen v. Bismarck bei dessen Anwesenheit in Bräun dem Senator Dr. Müller gemachten Erklärung würde es lediglich von der Entscheidung der Stadt Frankfurt abhängen, durch ihren freiwilligen Anschluß an Preußen nicht nur jede Kriegsaufgabe von sich abzuwenden, sondern sich auch im Wege des Vertrages eine Ausnahmebestimmung unter den Städten der Monarchie mit wichtigen Privilegien zu sichern. Nachdem die Stadt Frankfurt hierauf nicht eingegangen ist, hat dieselbe die eingetragenen Verluste als unüberwindliche Kriegsfolgen lediglich ihrer frei gewählten Haltung zuzuschreiben. Dem Antrage:

die baar gezahlte Contribution der Stadt oder für deren Rechnung der Frankfurter Bank zurückzuerstatten und die Stadt für die sonstigen Natural-lieferungen und Leistungen in dem Maße zu entschädigen, daß Frankfurt keine höheren Kriegskostenleistungen angedrängt werden, als im Verhältnis zu anderen preussischen Städte zu tragen hatten, kann unter diesen Umständen, ganz abgesehen davon, daß die Herren Unterzeichner der Vorstellung vom 20. v. Mts. Anliegen der Stadt Frankfurt zu vertreten nicht legitimirt sind, keine entsprechende Folge gegeben werden.
Berlin, den 2. Februar 1867.

Der Finanz-Minister. (gez.) v. d. Seydt.
An den Hrn. Friedrich Moritz Contard Wohlgeboren und Genossen zu Frankfurt a. M.

München, 5. Febr. [Die Festung Landau.] Der „Münch. C.“ schreibt: In Folge der von wissenschaftlicher Seite schon lange anerkannten Unhaltbarkeit der Festung Landau gegenüber den Wirkungen der neueren Belagerungsgeschütze, welche man auch durch Errichtung neuer Werke nicht zu beseitigen im Stande ist, wird Landau in nächster Zeit seine Eigenschaft als Festung verlieren und zur einfachen Garnisonstadt designirt werden. Wie wir vernehmen, wird das 15. Infanterie-Regiment als Garnison dorthin bestimmt, während das jetzt noch dort befindliche Bataillon des 12. Infanterie-Regiments nach Ulm verlegt werden wird, wo sich bereits zwei Bataillone und der Stab dieses Regiments befinden.

Stuttgart, 5. Febr. [Die gestrige Sitzung der süddeutschen Minister-Conferenz.] Soll sechs Stunden gedauert haben. Im Publikum erzählte man sich von Differenzen, die sich in Folge der im preussischfreundlichen Sinne vorgeschrittenen Haltung Badens ergeben hätten. Es scheint aber doch ein einmütiges Resultat in Aussicht zu stehen. Wenn man annehmen darf, daß für den derzeitigen Lenker der süddeutschen Politik, den Fürsten Hohenlohe, die Hauptabsicht bei der Konferenz darin bestand, eine österreichische oder gar französische Politik der südlichen Höfe moralisch unmöglich zu machen, so dürfte auf der Konferenz für diesen Zweck viel erreicht worden sein. Die Konferenz-Gäste haben sich über die Umfassung des hiesigen Hofes zu Gunsten Preußens nur gewundert. Aber was thut nicht der Selbsthaltungstrieb und wozu ist nicht Herr v. Barnbüler gut? (R. Z.)

Oesterreich.

Wien, 6. Febr. [Kaiserliche Verordnung.] Die „Wiener Zeitung“ publicirt heute die folgende kaiserliche Verordnung:
„Da durch neuerliche Unruhen in Südtirol die öffentliche Sicherheit daselbst in hohem Grade gefährdet erscheint, so finde Ich nach dem Antrage Meines Ministerrathes und auf Grundlage Meines Patentens vom 20. September 1865, Nr. 89 R. G. Bl., zu verordnen wie folgt: Die zwei Gesetze vom 27. October 1862, Nr. 87 und 88 R. G. Bl., zum Schutze der persönlichen Freiheit und des Hausrechtes werden in den Sprengeln folgender Verwaltungen in Tirol, nämlich Trient, Gorno, Cavalese, Cembra, Eibeggano, Cles, Fassa, Forno, Lavis, Peden, Mals, Mezzolombardo, Pergine, Primiero, Strigno, Vezzano, Ala, Arco, Comino, Mori, Rogaredo, Riva, Roberedo, Stenico und Tione, sowie in den Magistratsbezirken Trient und Roberedo bis auf weitere gesetzliche Verfügung außer Wirksamkeit gesetzt. Wien, am 4. Februar 1867. Franz Joseph m. p.“

Die Maßregel ist nach der „N. Fr. Pr.“ aus den Vorgängen in Südtirol, zumal bei Gelegenheit der letzten Wahlen, unschwer zu erklären.

Schweiz.

Bern, 3. Februar. [Charraz.] Am 23. Januar, dem zweiten Jahrestage des in der Verbannung gestorbenen Obersten Charraz, kamen seine Freunde aus Paris und anderen Orten herbei, um sein Grab zu Basel mit Immortellen zu schmücken.

Italien.

Florenz, [Pater Passaglia.] Die Turiner „Provincia“ erklärt, im Stande zu sein, zu melden, daß der Pater Passaglia keineswegs beim Bischof von Monzoni seine bisherigen Meinungen abgeschworen hat, sondern daß er fortfährt, wie bisher an der Universität Turin

Moral-Philosophie zu lehren, und daß er bei seinen seit 1860 angenommenen Ideen beharre.

Rom, 30. Jan. [Die Affaire Corbérone.] Schreibt man der „N. Pr. Z.“, macht noch immer viel von sich reden und die päpstliche Polizei scheint sich ernstlich um die Entdeckung der falschen Gendarmen, welche die Papiere des genannten französischen Legationisten wegnahmen, zu bemühen. Bei einer Hausdurchsuchung an der Tiber wurden bei einem gewissen Celesti auch Waffen und Uniformen päpstlicher Gendarmen entdeckt; es sind die, welche bei der Affaire Corbérone gebraucht wurden, denn man fand Papiere in einer Tasche, die keinen Zweifel mehr gestatten sollen. Der römische Hausbesitzer kannte begreiflicher Weise seinen fremden Mieter nicht. Man behauptet immer bestimmter, daß die französische Regierung dieser Affaire nicht fremd sei; deshalb brauche es übrigens noch nicht wahr zu sein, und man hat auch viele andere Versionen.

Frankreich.

*** Paris, 5. Februar.** [Preußen und Oesterreich.] — Zur orientalischen Frage.] Wie aus Berlin dem „Standard“ telegraphirt wird, ist zwischen Preußen und Oesterreich eine Annäherung sowohl in Bezug auf die deutsche als auch auf die orientalische Frage erfolgt. Was die letztere betrifft, so wird der „R. Z.“ aus guter Quelle versichert, daß Herr v. Buß und Graf Bismarck einer Verständigung über die im Orient einzunehmende Haltung nahe seien. — Das auswärtige Amt hat abschriftlich einen Bericht des Pforten-Commissars auf Kreta erhalten, der unter Anführung vieler Details den Zustand auf der Insel für völlig beendet erklärt.

[Zur mexicanischen Frage.] General Dix, der nordamerikanische Gesandte, ist im Besitze von Nachrichten, welche die Einnahme der Hauptstadt Mexico durch Suarez in sehr nahe Aussicht stellen. Diesem Diplomaten zufolge würde den Franzosen nichts übrig bleiben, wollten sie anders nicht einen neuen Feldzug beginnen, als mit Suarez eine Uebereinkunft abzuschließen, um ihre Rückkehr ungestört bewerkstelligen zu können. General Dix giebt gleichzeitig zu verstehen, daß die Vereinigten Staaten mit Bezug hierauf bereits ihre guten Dienste angeboten hätten.

[Die belgische Presse.] Das „Pays“ spricht in sehr kräftiger Weise seine Beifimmung zum Urtheil der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die belgische Presse aus und fügt hinzu:

„Wir brauchen unsere besondere Meinung über die belgische Presse nicht zu erkennen zu geben. Seit langer Zeit haben wir sie als lärmend, beräthert, ohne Principien, ohne Billigkeit, heuchlerisch nach kleinen Scandalen, unersättlich im Geschwätz, compromittirend für Belgien und compromittirend für die Nachbarn Belgiens dargestellt.“

Die „Presse“ dagegen sagt:
„Die belgische Presse übt keinen Einfluß auf Frankreich aus und man darf keineswegs in den zu Gent oder Namur gedruckten Journalen den Grund der Eindrücke suchen, welche in Frankreich durch die von Preußen im Jahre 1866 betriebene Politik hervorgerufen worden sind. Wenn auch die Sprache der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ als eine Drohung gegen die belgische Unabhängigkeit angesehen werden sollte, so würde darum die Sprache des Berliner offiziellen Blattes die öffentliche Meinung unseres Landes noch nicht mit den neueren Ereignissen ausführen. Seine gefälligen Bemerkungen vermögen unsern Nationalstolz nur zu verletzen, keineswegs aber ihm zu schmeicheln.“

[Zu den Verfassungsreformen.] Von den Tuilerien aus geschieht Alles, um den guten Leuten von der Kammermajorität einzureden, daß, indem sie seit fünfzehn Jahren treu zum Kaiser gestanden, sie dadurch „die Freiheit hätten anbahnen helfen, die sie jetzt fester zu begründen das Glück hätten“. Andererseits sind die Notabilitäten des Tiers-Parti überzeugt, daß noch während des Verlaufs der gegenwärtigen Session ihre Zeit kommen werde; schon die Nothwendigkeit der neuen Lage erheische neue Männer. Unter den Einwendungen, welche von den Gegnern der Minister-Veränderung, und insbesondere gegen die Ernennung von Emil Ollivier, vorgebracht worden sind, ist eine, die einen besonderen Eindruck auf den Kaiser hervorgerufen haben soll. Es wurde geltend gemacht, daß der Eintritt Ollivier's eine neue Wahl in Paris nothwendig mache, daß man damit also nur der Opposition zu einem neuen Siege verhelfen würde, was im gegenwärtigen Augenblicke doppelt empfindlich wäre. Selbst Girardin spricht jetzt in der „Liberté“ bereits seine feste Ueberzeugung aus, daß der Kaiser so unendlich liberaler denke als die Kammermajorität, daß es vielleicht zu einer Auflösung kommen werde. Das Beste wäre nach der „Liberté“ freilich, wenn der Kaiser sofort nicht bloß eine neue Kammer, sondern auch neue Minister berufen wollte, damit sein Liberalismus ganz klar an den Tag treten könne. — Von officieller Seite soll jetzt dem Publikum vorgeführt werden, daß die neuen Reformen, namentlich auch so weit sie den Senat betreffen und dessen Thätigkeit und Wichtigkeit erhöhen, nur die logische Entwicklung der bereits früher vom Kaiser öffentlich kundgegebenen Ideen seien. Zu diesem Behufe soll auf den Brief Napoleon's III. vom 11. Januar 1856 zurückgegriffen werden, in welchem bekanntlich die Unthätigkeit jener Körperschaft ziemlich lebhaft getadelt wurde. Wie es heißt, sollen auch die Sitzungen des Senats wieder öffentlich sein. Ferner soll ihm bei allen Gelegenheiten Unterstreichung ein Veto eingeräumt werden; legt er dasselbe ein, so soll der Gesetzentwurf an die zweite Kammer zurückgelangen, die dann nach einer neuen Prüfung die definitive Annahme zu beschließen hat.

[Zur Armee-reform.] In der gestrigen Berathung des vereinigten Staatsrathes über die Armee-Reform unter dem Vorstehe des Kaisers wurden die ersten Artikel des Thnen von mir am Sonntage mitgetheilten Entwurfes nach einer sehr ruhigen, wenig einschneidenden Debatte angenommen. Die weitere Discussion wurde auf morgen, Mittwoch, Mittags 1 Uhr, ebenfalls nach den Tuilerien anberaumt.

[Zur Presse.] Die Regierung ist von dem Plane zurückgekommen, die Cautions der politischen Journale in der neuen Pressegesetzgebung von 50,000 auf 100,000 Franken zu erhöhen. In der betreffenden Verabreichung machte Baroche geltend, daß dann die politischen Zeitungen sich einzig in der Hand mächtiger und reicher Parteien, wie beispielsweise der orleanistischen, concentrirten würden, was man doch sicher vermeiden wolle. Die Demokratisirung der Presse sei dieser Gefahr bei Weitem vorzuziehen. Der sonst als ziemlich reactionär beschriebene Justiz-Minister fängt überhaupt an, der neuen Strebmung Rechnung zu tragen. — Die auswärtigen Journale, namentlich die deutschen, werden seit etwa acht Tagen bei Weitem regelmäßiger ausgegeben, als zuvor. Getrennt ertheilt ferner der Minister des Innern den beiden talentvollen Publicisten J. J. Weiss, früher bei den Debats, und Edward Herbe, früher am „Courrier Français“, die Autorisation zur Herausgabe einer politischen Zeitung unter dem Titel: „Journal de Paris, politique et littéraire“. Beide Männer waren seit mehr als Jahresfrist von der periodischen Presse systematisch fern gehalten worden und ohne Angabe irgend eines Grundes hatte man ihnen bisher die gemeinschaftlich nachgesuchte Erlaubniß zur Herausgabe eines Blattes verweigert.

[Verschiedenes.] Wie die „Chronique de l'Epoque“ erzählt, wurde am Abend des Debüts einer gewissen Dame nach der Vorstellung ein gewisser Schlässer in einem gewissen Club an den Weißbietenen verheirathet und zuletzt für 18,000 Frs. zugekauft. Wer der Glückliche war, der ihn um diesen Preis erringen, wird nicht beigesagt. „Gräßliche Wahrheit, leider!“ bemerkt der „Figaro“ dabei, Neunhundert Francs Rente! Das könnte manchem ehrlichen Mann eine unabhängige Existenz verschaffen.“ — Mlle. Teresa hat ihre Stimme nicht recht verloren, aber auch noch nicht recht wieder gefunden und begiebt sich deshalb zur Pflege ihres Kehls nach Hyeres bei Marseille. Vom 1. Mai an tritt sie auf den Brettern des Chatelettheaters auf, um die Ohren des erkrankten Weltausstellungspublicums mit dem Vortrage ihres eben so ausgedehnten wie ausgewählten Repertoires zu laben.

**** Breslau, 8. Februar.** [Wählerversammlung im östlichen Wahlkreise zur Anhörung des Candidaten J.-M. Simon.] Die gestrige Versammlung im Springer'schen Saale, deren Ergebnis bereits in voriger Morgennummer dieser Zeitung unter Abendpost gemeldet ist, füllte das Local in allen seinen Räumen und war von mehr als 3000 Wählern besucht. Hr. Dr. Elsner eröffnete als Vorsitzender die Verhandlung mit einer Ansprache folgenden Inhalts: M. H. Durch Proclamation des allgemeinen Wahlrechts mit geheimer Abstimmung hat die demokratische Partei einen glänzenden Sieg errungen und es wird nun von ihr abhängen, ihn zu benutzen, damit er nicht in dem Moment, wo wir ihn fassen sollen, sich in eine Niederlage verwanbelt. Sie wissen aus den Verhandlungen der letzten Wochen, schon die bloße Ankündigung der Wahlen hat große Aufregung in den Parteien hervorgerufen. Während des Krieges waren die Parteien ein Herz und eine Seele! Unmittelbar nachher aber, nachdem das norddeutsche Bundesproject und die Parlamentswahlen in den Vordergrund getreten, waren die Conservativen, die Liberalen und die Demokraten wieder auf dem Platze, um sich das Uebergewicht streitig zu machen. M. H. Seit Jahren ist es uns gelungen, die öffentliche Meinung in Breslau für uns zu gewinnen, wir machten uns zu ihren Vertretern und es ist uns gelungen durch Beständigkeit und Festigkeit der Principien, wie sie hier und im Abgeordnetenbaule vertheidigt wurden. Wenn auch einzelne Differenzen innerhalb der Partei entstanden sind, so waren es doch nicht principieller Unterchiede, sie betrafen lediglich die Anwendung und verschiedene Auslegung der Principien. Nun ist die Einheit vollkommen wieder hergestellt.

M. H. Die Conservativen hoffen nicht auf einen Sieg, wir trauen ihnen diesen Ueberlauben nicht zu, obwohl ihr Einfluß nicht gering anzuschlagen ist. Was die Liberalen betrifft, so verdanke ich es ihnen nicht, daß sie das verlorene Terrain wieder zu gewinnen suchten. Aber unsere heilige Pflicht ist es, solchen Bestrebungen gegenüber für unsere Ueberzeugung einzutreten, und deshalb möge Jeder am Tage der Wahl auf dem Platze sein.

Als die Frage an uns herangelommen war, wen sollen wir für das Parlament wählen, da wurde für den Westbezirk unser alter Freund und Gesinnungsgenosse J.-M. Simon vorgeschlagen. Sie wissen, die Candidatur ist dort mit lebhafter Acclamation begrüßt und mit äußerster Majorität angenommen worden. Wir hoffen dasselbe heute für unseren in diesem östlichen Wahlbezirk aufgestellten Candidaten J.-M. Simon. Wir konnten Ihnen nicht einen anderen Mann vorschlagen, der ehrenwerth und ehrlicher; er ist einer der treuesten Anhänger der Partei und hat keine Opfer für die Sache des Volkes gescheut. Niemand ist mehr berufen, die Sache des deutschen Volkes im Parlament zu vertreten, als gerade derjenige, welcher schon 1848, wenn auch ohne Erfolg, doch mit treuer Einnahme einer ähnlichen Aufgabe obgelegen. Und Simon hat in der National-Versammlung zu Frankfurt an der Aufstellung der Grundrechte und an der deutschen Reichs-Verfassung mitgearbeitet. Obwohl die Reichsverfassung niemals ins Leben trat und die Grundrechte nur vorübergehend die Anerkennung der Regierungen erhielten, ist doch keine von den damaligen Ideen als taubes Samenkorn auf die Erde gefallen, sie sind ins Volk gedrungen. Sorgen wir dafür, daß jene Ideen, jene Hoffnungen nunmehr verwirklicht werden; in unsere Hand ist es gelegt, das zu verwirklichen, was damals angestrebt worden.

Wohl ist das geehrte Deutschland eine Macht, der kaum Widerstand geleistet werden kann und das Volk hat dafür große Opfer gebracht. Damit aber die Unterwürfung der Einheit nicht bloß in eine solche der Macht ausarte, müssen wir Vertreter wählen, welche die Nachfolge in eine Freiheitsfrage umwandeln (Bravo), welche dahin wirken, daß wir nicht bloß die politische Einheit erhalten. Diese politische Einheit hat uns schon der Bundestag gegeben. Sorgen wir dafür, daß die Erinnerungen des alten Bundestages gründlich weggewaschen werden. (Bravo.) Man hat gesagt, die preussische Regierung ist über sich hinausgegangen. Sie werden sich erinnern, mit welchem staatsmännlichen Gesichts Hr. v. Bismarck, das ihm durchaus nicht abzusprechen, mit welcher bedeutenden Zuberkommtheit er sich den Wünschen des Abgeordnetenbaues fügte, als er es für seine Politik einnehmen wollte. Nun, in den letzten Tagen sind einige andere Klänge laut geworden; selbst dem Herrenhaufe hat er das Gefühl, welches die freie wahrheitsgetreue Berichterstattung aus dem Parlament gewähren sollte, abgeschlagen. Wenn die Berichterstattung nicht frei ist, dann ist das Parlament für uns so gut wie gar nicht vorhanden! Eins der ersten Geschäfte der Parlaments-Deputirten wird also sein müssen, dafür zu sorgen, daß die Berichte in wahrheitsgetreuer Fassung straffrei und ungehindert veröffentlicht werden können.

Wir Alle sind überzeugt, Simon wird sein Votum dahin abgeben, ebenso wie er dafür stimmen wird, das Normalbudget oder welchen Namen es haben mag, solle nicht auf 10 oder 5 Jahre, sondern immer nur auf 1 Jahr bemittelt werden. Und m. H. J.-M. Simon ist der Mann, welcher bei der Einheitsfrage zugleich die Freiheitsfrage im Auge behalten wird, er wird mit darauf dringen, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes auch in der Richtung der Freiheit erweitert wird. Wählen Sie deshalb in der abgewählten Sitzung unseren J.-M. Simon, dem ich hiermit das Wort ertheile. (Beifall Bravo.)

Zusätzl. Simon (von lautem Beifall begrüßt): M. H. Indem ich es unternehmen soll, Ihnen meine Anschauungen über die gegenwärtige Situation, über den norddeutschen Bund, sowie über die Aufgabe des norddeutschen Parlamentes zu entwickeln, muß ich betonen, daß ich mich in mehrfacher Beziehung in einer gewissen Verlegenheit befinde. Zunächst empfinde und weiß ich, daß in der Einwohnerzahl Breslau's, zumal in unserer Partei, Männer vorhanden sind, welche fähiger und geeigneter, auf eine würdige Weise die Stadt Breslau zu vertreten. Es ist dies keine bloße Redensart. M. H., ich erinnere Sie an die Männer, welche in den Zeiten der Erhebung für die Rechte des Volkes von Breslau aus aufgetreten sind; ich erinnere Sie an die Männer, welche schon in den vierziger Jahren an den damaligen Bestrebungen und an der Bewegung der Geister auf politischem, religiösem und sociale Gebiete sich betheiligten haben, und ich erinnere Sie, zumal die Mitglieder der Fortschrittspartei, an das eigene Bewußtsein, welches Ihnen sagt, daß Sie durch diese Männer in politischer Richtung sich gebildet, Ihren Blick erweitert haben. Auch mir ist es ebenso ergangen. M. H., nachdem aber diese Männer erklärten, daß es vermöge ihrer Verhältnisse eine Unmöglichkeit sei, dem an sie ergangenen Rufe Folge zu leisten, und mich Ihnen zum Candidaten vorzuschlagen, fühle ich um so mehr die Verantwortlichkeit der Uebnahme einer Wahl, wenn sie mich treffen sollte. Doch aber bin ich der Ueberzeugung, daß ein Jeder, dessen Verhältnisse es ihm irgend ermöglichen, einem solchen Rufe sich fügen muß.

Ich bin ferner in Verlegenheit deswegen, weil in den letzten Wochen die Wahlen und Agitationen gebracht haben, wie wir sie seit Jahren in Breslau nicht kannten, Aufregungen, herbeigeführt durch Conteragitationen verschiedener Schattierungen. Nicht die Fortschrittspartei hat dieses Auseinandergehen, diese peinigenden Gegenüberstellungen verschuldet, vielmehr trifft die Schuld die Liberalen Breslau's. Es ist nicht meine Sache, näher hierauf einzugehen. Ich überlasse das Anderen, welche vielleicht nach mir das Wort ergreifen. Es nöthigt mich jedoch dieses Verhältniß immerhin zu einiger Zurückhaltung, welche zwar die Sache nicht wesentlich berührt, dennoch aber einzelne Beziehungen und Positionen, auf welche demnächst einzugehen erforderlich.

Endlich, m. H., bin ich in Verlegenheit hauptsächlich deshalb, weil der norddeutsche Bund und das Parlament aller Orten in öffentlichen Versammlungen, in Vereinen, in täglichen Privatgesprächen, in den Zeitungen und sonst in der Presse bereits so umständlich erörtert worden, daß man sich nicht versehen kann, daß es genug an solchen Besprechungen, zumal aber für uns, die wir wissen, daß wir unter einander vollkommen einig sind. Deshalb bitte ich um Erlaubniß, mich auf die Hauptpunkte beschränken zu dürfen.

M. H. Ich bin der Ansicht, daß die gegenwärtigen Machtverhältnisse und Erregungen nicht sowohl und nicht allein als Erfolg und Ausdruck des letzten glorreichen Krieges aufzufassen seien. Vielmehr und hauptsächlich bilden sie eine Phase, ein Resultat innerhalb der europäischen Geschichte der letzten Jahrhunderte, eine notwendige und naturgemäße Bethätigung der Entwicklung des deutschen Volkes.

Man sagt, ohne diesen Krieg und seine Erfolge würde Preußen jetzt nicht der hauptsächlichste Einigungs-Factor in Deutschland sein. Allein, daß dieser Krieg gekämpft werden mußte, daß er glorieus endete, daß der Staatsmann, welchem gegeben war, ihn heraufzubeschreiben, daß die Kämpfer Alle, vom obersten Kriegsherrn bis zum Rekruten herunter, daß das ganze Volk diesen Kampf gut gekämpft, das ist eine That nicht unserer allein, nicht der Gegenwart allein, nein — es ist dies zugleich die Errungenschaft der Thaten unserer Eltern, unserer Vorfahren.

M. H. Lassen Sie uns zurückblicken auf die vorangegangenen Kämpfe. Ich mache Sie hierbei auf die Eigentümlichkeiten des deutschen Nationalcharakters aufmerksam, Eigentümlichkeiten, welche die lange Dauer jener Kämpfe, ihre anhaltende Fruchtlosigkeit zur Folge hatte. Eigentümlich ist dem deutschen Charakter das entschiedene Hervortreten des Individualismus. Der Individualismus tritt so scharf und fast eigenartig auf, daß man dies für eine Schwäche erkennen müßte, wenn nicht diese Eigenheit wunderbar gepaart wäre mit der Fähigkeit des Individualismus, sich zu opfern, wenn es eine große Sache gilt, zumal aber, wenn der Sturm das Haus umzustürzen droht, Man

hat über die Deutschen gepöbelt, daß sie sich so lange von 34 Fürsten und früher so viele Jahre von mehr als 100 Souveränen regieren ließen; man hat ihrer Ohnmacht gepöbelt und man muß sagen, daß allerdings die particularistische Eigenthümlichkeit des deutschen Charakters mit an diesem Unglück Schuld getragen. Es bedurfte einer Aufrechterhaltung von außen. Der Unterjochung durch das Ausland folgte in den Zeiten der Freiheitskriege die Erhebung, die Befreiung von dieser Unterdrückung.

M. H.! Die Erregung dieser Erhebung war außer einer Fülle von Versprechungen — der deutsche Bundesvertrag. Mit dem Momente aber, wo dem deutschen Volke der Bundesvertrag beigegeben wurde, erlangte jeder denkende Mann die Ueberzeugung, daß es nicht so fort gehen könne. Mit der Proclamation der deutschen Bundesacte entstand das „Caeterum censeo“, der stete laute Ruf nach Verwirklichung der deutschen Einheit und Freiheit. Je mehr die Regierungen mit Gewalt dagegen auftraten, mit um so größerer Macht ertönte dieser Ruf, bis im Jahre 1848 das Volk sonderbarer Weise mit Zustimmung der Regierungen die Verfassung einer deutschen National-Verfassung behufs endgültiger Constatierung der deutschen Reichsverfassung erzwang und zu dem Behufe die Vertreter des Volkes erwählte.

Die deutsche Reichsverfassung wurde proclamirt. Sie ist niemals ausgeführt worden. Dennoch, M. H., ist sie das Geschriebene, wenn auch unerfüllte Recht des deutschen Volkes. Die Reichsverfassung, wenn auch unausgeführt, hat dennoch eine hohe Bedeutung, nämlich die Bedeutung, daß das deutsche Volk den Einheitsstaat, eine freiheitliche Einigung zu fordern das Recht hat (Bravo). Nicht wird uns diese Einigung als Geschenk gebracht, sie ist unser Recht (Bravo). M. H., glauben Sie, daß in der kurzen Zeit eines 7tägigen Krieges ein Volk umgestaltet werden kann? Diese unbedeutend zu verneinende Frage bezeugt Ihnen, daß die Verwunderung, die jetzt das Ausland uns zollt, die Erregung dieses siebenjährigen streitigen Krieges nicht allein in diesem, sondern im Geiste des deutschen Volkes ruhe. Denn wäre die Kraft des deutschen Volkes nicht eine so weittragende, so würde dieser kurze Kampf nicht hingereicht haben, das zu erreichen, was erzielt worden ist. Wie ist nun die Situation? Factisch hat Preußen die Führung behufs Herstellung der deutschen Einigung übernommen, factisch zunächst, auf Grund des geschlossenen Friedens, in der Form des norddeutschen Bundes. Es war nothwendig, wenn irgend wie in Deutschland etwas erreicht werden sollte, den niederhaltenden Sabotage-Einflüssen, den österreichischen Staat aus Deutschland hinauszuwürgen. M. H., so gewiß aber diametral entgegengesetzt sind der Gedanke des österreichischen Staates und der Gedanke des werdenden Einigen Deutschlands, so gewiß werden unsere deutschen österreichischen Brüder dereinst zu uns gehören. M. H., mag immerhin der norddeutsche Bund sich durch die Mainlinie trennen wissen — in Deutschland selbst, im Volke kennt man diese Linie nicht. (Bravo) Schon das factische Dasein des norddeutschen Bundes bedingt die Attractionskraft, das Attractionsrecht. Ein Jeder von uns fühlt sich mit lebhafter Sympathie zu den süddeutschen Brüdern hingezogen und wenn letztere auch durch mannigfache Ueberhebungen auf unserer Seite und durch unmotivirte Eifersucht und manchmal durch kleinliche Regungen auf ihrer Seite gegen uns gestimmt gewesen und gestimmt sein mögen, so zeigen sich doch schon die Zeichen, welche darauf hindeuten, daß man auch in Süddeutschland geneigt und entschlossen ist, mit uns gemeinschaftlich zu gehen, sich uns annectiren zu lassen oder, was ihnen vielleicht besser klingt, uns ihnen zu annectiren. Auch die süddeutschen Regierungen selbst geben zu erkennen, daß sie auf Institutionen hinwirken, welche geeignet sind, mit Norddeutschland in enge Verbindung zu treten. Was das Ausland dazu bemerkt, kümmert uns wenig. Wenn man sagt, verträglich sei die Mainlinie die Grenze, über welche nicht hinausgegangen werden könne; nun M. H., wenn die Franzosen und Russen auf Grund unserer allgemeinen Wehrpflicht sich gebildet haben, vor und während des letzten Krieges und nachher in unsere Verhältnisse eingegriffen, — einzig und allein ausgenommen, daß Anforderungen gestellt wurden, welche nicht erfüllt wurden, — ebenso wenig werden wir uns jetzt und in Zukunft durch vergleichende ausländische Blicke irre machen lassen.

Wenn Sie mich nun fragen, wie ich mir den norddeutschen Bund und dessen Verfassung eigentlich denke, so vermag ich Ihnen in der That nichts Bestimmtes darüber mitzutheilen, eben so wenig, wie irgend Einer von Ihnen eine bestimmte Antwort geben würde, wenn ich ihn danach fragte. Die Verfassung, welche die Regierungen vereinbart haben sollen, ist zur Zeit nicht vorgelegt. Das Parlament wird als ein beratendes berufen. Aber, M. H., im Vordergrund wird immer stehen für diejenigen, welche Mitglieder des Parlamentes werden sollen, einmal unter Preußens Führung jene Verfassung, welche geeignet ist, in möglichst schneller Zeit eine Einigung des ganzen Deutschland herbeizuführen, sodann die Aufrechterhaltung und Verwirklichung aller freiheitlichen Rechte, nicht nur derjenigen, welche wir bereits besitzen, sondern auch derjenigen, welche zwar garantirt, aber noch nicht zur Ausführung gebracht worden sind; ferner die Conferirung des jährlichen Einnahme- und Ausgabebewilligungsrechtes. M. H.! Man hat die Frage aufgeworfen, wie es denn überhaupt möglich sei, zwei vergeblichen große politische Körperlichkeiten, wie das preussische Parlament und das norddeutsche Parlament nebeneinander wirken zu lassen. Man hat diese Frage mit verschiedenen Wünschen zu lösen gesucht, man glaubt, das Eine werde in dem Andern aufgehen. Wie es immerhin kommen möge, das steht unbedingt fest, daß keines der Rechte, welche unter Abgeordnetenhaus besitzt und zu besitzen das Recht hat, daß keines dieser Rechte aufgegeben werden darf und wenn es aus Nützlichkeitgründen dem Parlamente übertragen werden müßte, daß es alsdann in seiner vollen und ganzen Bedeutung übertragen werden muß.

Meine Herren! Es ist an anderer Stelle in einer bisherigen öffentlichen Wähler-Verammlung gesagt worden: „Was uns Noth thut, sind Soldaten.“

Meine Herren! Ich bin nicht der Ansicht. Nicht, als wollte ich behaupten, daß der norddeutsche Bund nicht einer energischen militärischen Macht bedürfe, daß er eine ehrsüchtige Machtstellung in Europa einnehmen müßte.

Aber, meine Herren! in dem Sinne, wie jenes Wort dort gesprochen wurde, kann ich dasselbe nicht billigen. Allerdings wurde es nicht gegenwärtlich der Festhaltung freiheitlicher Rechte gegenübergestellt — aber doch so, daß als die wichtigste Aufgabe des Parlamentes die vorzugsweise Bildung eines granbiosen Soldatenheeres bezeichnet wurde.

Meine Herren! Ich kann diese Ansicht nicht theilen. Wir besitzen eine Institution, welche uns den Sieg gebracht hat. Es ist dies die allgemeine Wehrpflicht, errungen in der Zeit schwerer Erniedrigung, in der Zeit großer Erhebung.

Meine Herren! Widen Sie zurück in die Geschichte aller Völker. Sie finden außer in Sparta nirgends eine solche Institution, vermöge welcher ein Jeder mit seiner ersten mannhaften Lebensbethätigung auch sein ganzes Leben einlegen muß und einsetzt. Wäre dem nicht so, nimmermehr hätten wir das erzielt und erreicht, was erzielt und erreicht worden ist im letzten Kriege, und so kann man sagen: Nicht bloß das Heer allein, nein das ganze Volk hat diese Schlachten geschlagen. (Bravo.)

Meine Herren! Es ist nicht der gemeine Soldat allein, sondern, wie ich vorhin schon andeutete, von dem obersten Kriegsherrn an bis zu dem eben erst eingeleiteten Rekruten ist es ein Jeder gewesen, welcher sein Leben in die Schanze geschlagen hat. (Bravo.)

Vergeßlich suchen unsere Nachbarn diese Institution nachzuahmen, sie er-mühen sich in Verjungen der Organisation, aber sie werden es nicht erreichen; warum werden sie es nicht erreichen? Weil sie keine deutschen Männer sind. (Bravo.) Nicht als wenn es ihnen an Tapferkeit fehlte. Aber, wie ich schon vorher bemerkte, derselbe Deutsche, der fast bis zur Reichshäuser auf seinem Individual-Rechte zu bestehen pflegt, derselbe, wenn es darauf ankommt, wenn es die Ehre ist, wenn es das allgemeine Wohl erfordert, mit einer Energie sonder Gleichen hat und Gut, Familie und Leben ein. Diese wunderbar gemischte deutsche Charaktereigenthümlichkeit ist gewissermaßen zu einer staatlichen Institution veredelt worden in der allgemeinen Wehrpflicht. Dieser verdanken wir die sichere Ueberzeugung, daß Niemand in der Welt uns etwas anhaben kann und daß die Bewunderung, die uns jetzt von allen Seiten gezollt wird, uns nimmermehr fehlen wird. (Bravo.) Deswegen aber auch bin ich der Ansicht, da wir dies haben, ist eine weitere Forderung, ein weiteres Ziel, auf welches unsere Abgeordneten hinwirken müssen, möglichst Beschränkung der Präsenzzeit.

Meine Herren! Es ist nicht richtig, daß uns Soldaten Noth thun, sondern wir brauchen nur eine Organisation auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht, welche ermöglicht, daß jeder dazu fähige Soldat wird, seiner Dienstpflicht gemäß und in der Weise ausgebildet wird, daß er auf dem Kampfsplatz das Seinige leisten kann. Wenn ich auch kein Techniker bin, so muß ich doch bemerken, daß ich aus dem letzten Kriege so viel herausgesehen zu haben meine, daß wir eine dreijährige Dienstzeit nicht brauchen, daß vielmehr eine zweijährige genügt. (Bravo.)

M. H.! Widen Sie doch zurück auf die Schlachten. Es ist richtig, wenn nicht der Geist geherrscht hätte, wie er geherrscht hat, zwischen Offizieren und Gemeinen, wenn nicht dieses einseitige Bewußtsein gewesen wäre, so hätte auch nicht so gewaltig einseitig gewirkt werden können. Aber diese einseitige Kraft ist eben da, sie ist da vermöge der allgemeinen gleichen Wehrpflicht. Und haben denn nicht unsere jungen Krieger, die kaum eingekleidet waren, den alten Soldaten es gleichgethan?

M. H.! Man hat damals gesagt, die preussische Armee werde die ersten Schlachten verlieren. Ich habe das niemals befohlen. Sie hat keine Schlachten

verloren. Man hat ferner gesagt, die preussische Armee werde ihre Führer erst durch den Krieg zu bilden haben. Nun, in einem 7tägigen Kriege können wir unsere genialen Feldherren nach Duzenden zählen, und wenn auch dem Einzelnen so flotten gekommen ist jene Zusammengehörigkeit, vermöge deren der Feldherr auf jeden Soldaten hat rechnen können, wenn es ihm auch zu flatten gekommen sein mag, daß das Glück hier und da die Wagnisse geleitet haben mag, sowie Ungeschicklichkeit unserer Feinde, so bleibt doch das immer fest stehen: das preussische Heer auf der Basis der allgemeinen Wehrpflicht steht einzig in der Welt da. Es genügt vollkommen, und wir bedürfen keiner weiteren Soldaten. Man kann nicht sagen: „Was uns Noth thut, sind Soldaten.“

M. H.! Es ist an anderer Stelle ferner gesagt worden, die Deutschen wollten die Einigung Deutschlands nicht auf dem Wege der Gewalt. Ihre taufendjährige Geschichte beweise dies. Ich fasse die deutsche Geschichte anders auf. Wichtig ist allerdings, daß, während in den uns umgebenden Nachbarländern in den letzten Jahrhunderten die Particular-Interessen und die Sonder-Staaten mit Gewalt zerstört wurden und eine jede dieser Nationen auf diesem Wege zu Einheit und Macht gehoben wurde, — der Deutsche ruhig und resignirt und gewissermaßen contemplativ zugehört hat. Allein nicht deswegen, weil er die Einigkeit nicht auf dem Wege der Gewalt wollte. Vielmehr hatte die anders geartete Entwicklung in Deutschland nicht nur ihren Grund in den besonders gestalteten deutschen Verhältnissen, sondern auch in der mehr als angeborenen Eigenthümlichkeit des deutschen Charakters, der besonderen Vorliebe der Deutschen für Individuelles und Particuläres. Es bedurfte eben für Deutschland eines ganz besonderen Anreizes von außen und in den Machtbeziehungen nach außen.

Der jetzige factische Zustand, die Annerionen, das Project der Constatierung eines norddeutschen Bundes als des gegenwärtigen Ausgangspunktes der nationalen und staatlichen Einigung Deutschlands haben geleglich Sanction bekommen durch die Genehmigung der drei Factoren der Gesetzgebung unseres Landes.

M. H.! Wenn ich nun, und der geehrte Herr Vorsitzende hat diese Frage schon angeregt, mich darüber erklären soll, welche der beiden Aufgaben, diejenige der möglichen Einigung des deutschen Vaterlandes und der Herstellung eines zunächst norddeutschen Bundes, welcher die Einigung des ganzen Vaterlandes garantirt, — welche dieser beiden Aufgaben ich in den Vordergrund stelle, so muß ich antworten, daß eine solche Frage an sich meines Erachtens nicht indiciert ist. Die freiheitlichen Rechte dürfen niemals aufgegeben oder vernachlässigt werden. Es wird Aufgabe eines jeden Abgeordneten sein, wie schon vorher angedeutet, nicht nur dahin zu wirken, das bestehende Recht aufrecht zu erhalten, sondern auch, daß die zwar garantirten, aber noch nicht gewährten Rechte endlich gewährt und verwirklicht werden.

Aber, M. H., ich glaube, daß die Thätigkeit des Parlamentes vorwiegend eine organisatorische auf dem politischen Gebiete sein wird, gerichtet auf die Herstellung des Bundes, auf die Herstellung einer Verfassung, welche die volle deutsche Einigung ermöglicht. Es ist selbstverständlich, wenn ich resümiren soll, daß außer jenen freiheitlichen Rechten auch diejenigen Rechte gewahrt werden müssen, welche unter Abgeordnetenhaus besitzt, insbesondere aber das Recht der jährlichen Bewilligung und Festsetzung der jährlichen Einnahmen — und Ausgaben. Man hat von einem dreijährigen, von einem 10jährigen Normal-Budget gesprochen, welches dem Parlamente vorgelegt werden soll oder von einer größeren Bewilligung für militärische Zwecke.

M. H.! Ich biete der einzige Punkt, von welchem ich mit Bestimmtheit vorhersehe, daß ich nicht darauf eingehen werde und zwar eben deswegen, weil dies dem unüberwundenen alljährlichen Einnahme- und Ausgabebewilligungs-rechte radical entgegenstehen würde. Es muß der Regierung genügen, all-jährlich die Geldbedürfnisse für Militärzwecke nachweisend zu fordern und bewilligt zu erhalten.

M. H.! Nach den letzten Reden des Ministerpräsidenten im Herrenhause wird es Viele geben, welche die Köpfe schütteln. Ich lasse mich dadurch nicht irre machen. Herr Graf Bismarck ist unweifelhaft einer der größten Staats-männer unseres Jahrhunderts. Aber M. H., größer als Graf Bismarck ist der Geist unserer Zeit, deren Sohn er ist. (Bravo.) Der Strömung der Zeit kann Niemand widerstehen und wäre er genialer und größer als der Erbsenste aller Menschen. Widen Sie zurück auf die vierjährige Thätigkeit des Grafen Bismarck. Hat er nicht wider seinen Willen dasjenige ausführen müssen, was er zu verwerfen schien? Denken Sie an den schleswig-holsteinischen Krieg. Denken Sie an die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Preußen und Oesterreich, denken Sie an das Verhältniß zum Auslande. Der Geist der Zeit hat ihn gezwungen, das zu thun, was das deutsche Volk ein Recht hatte zu verlangen. (Bravo.) Eine Nation, so lange sie Lebenskraft besitzt, so lange sie in der Fortentwicklung begriffen ist, niemals kann ihr Jemand die Freiheit nehmen, sie selbst bildet den Damm gegen Unterdrückung. Aber der Kampf für die Freiheit ist unzertrennlich von der Forderung des Menschenge-schlechts. So lange es Menschen giebt, werden sie für die Freiheit kämpfen. Nationen und Staaten sind vergänglich, sobald sie ihre Lebenskraft verloren haben.

Deswegen, M. H., in dem Momente, in welchem wir mit Stolz auf unsere Fahnen, „das geeignete Deutschland“ schreiben werden, in demselben Momente werden wir die Freiheit fester gefastet haben als Millionen Soldaten. (Bravo.) M. H.! Das Gebiet, über welches ich mich zu verbreiten hätte, ist ein so großes! Gestatten Sie mir abzurufen! Ich habe die wesentlichen Fragen berührt, ich konnte es nur andeutungsweise thun. Ich hätte Ihnen sonst einen Vortrag aus der Geschichte halten oder eine staatsrechtliche Ab-handlung vortragen müssen.

Indem ich daher meine Betrachtungen schließe, fordere ich Sie auf, mit mir zu rufen: Es lebe das deutsche Vaterland, es lebe die deutsche Nation! (Lebhaftes Bravo.)

Herr Dr. A. Sch. erinnerte an die wunderbare griechische Sage von dem Aieien, der unüberwindlich war, so lange er die Mutter Erde berührte, dessen Befiegung und Erniedrigung erst gelang, als er lange genug von der Mutter Erde entfernt gehalten wurde. So wird es sich mit dem Parlament verhalten, wenn es den Ursprung seiner Kraft, das mit dem allgemeinen Stimmrecht ausgestattete Volk, nicht verläugnet. Hoffentlich wird jener Kiese Ferkels, welcher den Reichstag seiner Mutter, dem deutschen Volke entfremdet, in den ersten — Nicht gering ist die Zahl der Märitzer, welche die deutsche Sache bereits als Opfer gefordert hat. Er wolle das Gedächtniß wachrufen an den Mann, der in der Hauptstadt des eben besiegten Gegners für die deutsche Sache gestorben ist. (Leb. Bravo.) Robert Blum hat das deutsche Parlament in Frankfurt mit dem vollen Bewußtsein verlassen, daß die deutsche Einheit ein Opfer fordere; er ist in das Herz des Feindes nach Wien gegangen und hat seine Prophezeiung mit dem Blute besiegelt. Er ist nicht der einzige Märitzer. (Sehr wahr! Bravo!) — Im Hinblick auf das Gedächtnis ist es unsere Aufgabe, dahin zu streben, daß das neue Parlament nicht jelloß bleibe. Darum wählen wir Männer, welche einen treuen Gedanken für die Vergangenheit, warmes Blut für die Zukunft und ein Herz für die Sache des Volkes haben; Männer, welche in den eigenen Schuppen stehen und nicht von jedem Winde hin und her getrieben werden; Männer, die wissen, was sie wollen und erstreben gegenüber der Gewalt. Unlängbar ist Großes gethan worden, aber es ist widerwillig gethan, und man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß unter der Sammetpote die Krallen fieden. (Heiterkeit und Bravo.)

M. H.! Wir leben in unserer Zeit wunderbar rasch, die Dinge entwickeln sich mit einer Rapidität, wie wir sie kaum ahnen. Seit 18 Jahren haben wir Dinge erlebt, bei denen wir oft fragen mußten, ob sie möglich wären. Als Schluß-Zeichnis vor Kurzem das Wort „Parlamentarismus“ ausgesprochen, galt es für ein todeswürdiges Verbrechen. In der That ist die preussische Armee ein Parlamentarismus; denn aus ihren Siegen ist trotz alledem das deutsche Parlament hervorgegangen, hinter sich die Wähler, durch die es berufen und für seine hohe Aufgabe nutzbar werden soll. Dieser Gedanke muß leidend sein gegenüber den Sonderbestrebungen einzelner liberalen Partei-Elemente. Nicht sehen wir dabei auf jene kleinen Versuche, aus Fraktionen eine Fraktion und aus der Fraktion eine Nation zu machen. (Bravo!) Wohl könnte Mancher in dem gegenwärtigen Wahlkampf sagen: Gott schütze mich vor meinen Freunden! d. h. vor denen, die ihre Niederlage bededen wollen mit dem glänzenden Namen des Gefallenen; aber wir wollen im Gefallen nach den Segner ehren. (Bravo!)

Vedenen wir, welche große Aufgabe das deutsche Parlament hat für die wirtliche Einigung der Nation. Wäre es nicht besser, wenn die deutschen Söhne, welche für amerikanische Republik ihr Blut verprügten, für die deutsche Einheit gekämpft hätten, wenn es ihnen vergönnt wäre, die Ozeane der Waffen zu tragen! — Und nun denke Jeder, wie er dahin wirken müsse, daß der Mann, welcher nach reiflicher Ueberlegung und besser Ueberzeugung als Candidat dieses Wahlkreises proclamirt worden, als Abgeordneter für das Parlament aus der Wahlurne hervorgehe. Redner jedoch mit einem dreimaligen Hoch auf die deutsche Nation und den deutschen Mann Justizrath Simon, in welches die Verammlung begeistert einstimmte.

Demnach betrat Hr. Dr. Stein, mit lebhaftem Applaus begrüßt, die Tribüne und äußerte sich folgendermaßen. Nach diesen trefflichen Reden und enthusiastischen Hochs wage er kaum noch, die Aufmerksamkeit auf einen anderen in demselben Bezirke vorgeschlagenen Candidaten zu lenken. Als er von Hause weggegangen, habe er die Proclamationen des Königs und der

fassungs-treuen Vereins und des Breslau-Neumarkter Wahlkreises gelesen; in beiden wird die Candidatur des Geh. Rath Elwanger empfohlen. Warum wählen Sie nicht den Geh. Rath Elwanger? (Leb. Heiterkeit.) Ich fand in jenen Wahlausrufen echt demokratische Principien. Oder ist denn die Annäherung an den Einheits- oder Bundesstaat unter preussischer Führung, ein Princip, das wir an die Spitze des National-Vereins-Programms gestellt, nicht demokratisch? Ist die Enthronung etlicher deutscher Fürsten, bei der ich nur bedauere, daß nicht noch etliche mehr nachgefolgt sind (leb. Heiterkeit und Bravo) — nicht demokratisch? Und ist das allgemeine directe Stimmrecht nicht demokratisch? Ja, es ist das erste demokratische Princip! Alle diese Grundzüge hat der Geh. Rath Elwanger mit unterschrieben. (Auser-ordentliche Heiterkeit und Bravo.) Warum wählen Sie ihn nicht? Ich denke, Sie fragen nicht bloß nach der Unterchrift, sondern nach dem Manne selbst. Hat er diese Grundzüge proclamirt, weil das Ministerium sie proclamirt? Darin liegt der Grund, weshalb wir ihm nicht recht trauen. (Bravo und Heiterkeit.) Sie glauben, wenn das Ministerium etwas Anderes proclamirt, werden es seine Parteigenossen gewiß auch unterschreiben. (Heiterkeit.) Heute ist er für das allgemeine Stimmrecht; aber wenn es dem Grafen Bismarck eingefallen wäre, das Medlenburg'sche ständische Wahlgesetz zu proclamiren, seine Gesinnungsgenossen hätten gewiß auch gesagt: ein großer Mann, ein weiser Mann! (Heiterkeit und Bravo.) Sie fragen, hat der Candidat sich seit Jahrzehnten zu den Principien bekannt, die er jetzt vertritt, dann ist er unser Mann! (Bravo!)

Wenn Preußen den Krieg nicht begonnen hätte, wenn wieder der Aufgang nach Omda gemacht wäre, glauben Sie, die Conservativen hätten nicht auch hier gesagt: großer Mann, weiser Mann! (Bravo.) Wir haben es in Breslau erlebt, daß in der Zeit von Omda, als das preussische Volk Zutritte erhielt, stärker als die, welche der Kurfürst von Hessen seinem Kammerdiener ertheilte, daß in dieser Zeit Dankadressen von Breslau nach Berlin abgedruckt wurden. Es wäre jetzt ebenso gekommen, wenn nicht ein Mann von staats-männischer Energie an der Spitze des Staates gestanden, welcher jener Auf-politik ein Ende gemacht. Redner bedauert nun seinen Vorstoß und zieht ihn in aller Form zurück. (Bravo.)

Als zweiter Candidat ist der Geh. Commerzien-Rath Molinari genannt. Verfallen wir nicht in den Fehler, in welchen eine andere Verammlung gerathen ist; hüten wir uns, die Männer, mit denen wir jahrelang zusammen gingen im gemeinsamen Kampfe für die Verfassung, als Gegner zu behandeln. Ich werde den Gegner nicht in einer Weise angreifen, wie Partei-genossen von uns in anderen Verammungen angegriffen wurden. (Bravo.) Ich vermahne das; denn wenn politische Männer einander angreifen, soll dies niemals der Person, sondern den Grundfragen gelten. — Ich kann dem Comm. R. Molinari meine Stimme nicht geben, weil ich nur einen Mann wählen kann mit klarer politischer Voraussicht und voller Entschiedenheit des politischen Charakters, der Noth thut, wenn es gilt für die Rechte des Volkes auch in einer vertrauensvollen Zeit einzustehen. Und diesen klaren politischen Blick habe ich seit einem Jahre vermehrt bei einem Theile derjenigen Partei, von welcher Herr Molinari als Candidat aufgestellt ist. Gerade in einem Theile dieser Partei grassirte das Augustenburger-Fieber, und zwar zu einer Zeit noch, als der Augustenburger bereits vor aller Welt seine traurige und lästige Rolle zu Ende gespielt hatte, als man bereits in Breslau die großen Ereignisse des Jahres 1866 herankommen sah, als man bereits in Breslau zu der Ueberzeugung gelangt war, daß das Schleswig-Holstein die Einigung Deutschlands ausgeben müsse, als hier bereits eine Volks-Verammlung von 6000 Männern sich für die Annexion Schleswig-Holsteins ausgesprochen hatte, weil man glaubte, daß nur auf diese Weise die Einheit Deutschlands begründet werden kann. (Bravo.)

M. H.! Ich table das nicht, daß jene Herren immer noch festhielten an der unschuldigen Schwärmerie, aber dann müßten sie auch nicht so schnell in's Extrem überlagern; und dieses Extrem finde ich darin, daß sich plötzlich auf jener Seite eine außerordentliche Vertrauensseligkeit fundigst. Unter Umständen ist mir etwas Mißtrauen lieber! Deshalb gebe ich in diesem Augenblicke einem Manne die Stimme, zu dem ich das Vertrauen habe, er wird in nichts willigen, wodurch die Sache der Freiheit geschädigt wird. (Bravo.)

Es ist vorhin auf die Aeußerung des Ministerpräsidenten im Herrenhause hingewiesen worden, wonach die Berichterstattung über das Parlament ge-genständlich entfernt werden soll. Nun entsteht die Frage, ist der Candidat gewillt, nicht eher in die Verhandlungen einzutreten, bis die Freiheit der Presse hergestellt ist (Bravo); es ist die Frage, ob jene Herren einen solchen Antrag unterschreiben würden. Von unserem Candidaten sind wir dessen überzeugt! Jene Herren stellen uns vielleicht beachtenswerthe Gründe entgegen. Ja, sagen sie, wir dürfen doch nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, wir müssen das Ministerium um der Einheit willen unterstützen. Darauf antworte ich mit dem Sprichwort: „Nunge machen gilt nicht!“ (Heiterkeit und Bravo.) Ich meine das vollkommen ernstlich. Graf Bismarck braucht die deutsche Einheit ebenso nothwendig, wie wir sie wünschen, ich glaube, er braucht sie noch nothwendiger, wenn er seine Pläne durchführen will. Dann kann man ihm auch sagen: Wir verlangen die Freiheit der Berichterstattung, das preussische, das deutsche Volk hat das Recht, zu verlangen, daß ihm die Parlamentsberichte nicht etwa wie die französischen Kammerberichte durch den „Moniteur“, so durch den preussischen „Staats-Anzeiger“ mitgetheilt werden. (Bravo.) Weil eben Justizrath Simon mit voller Entschiedenheit für unser Recht einsteht, deshalb ist er der Mann unserer Wahl! Er hat diese Entschiedenheit bewiesen, er hat sich nicht geschert, in der Zeit, als die Prebendordnungen er-laffen waren, trotzdem er von Strafe bedroht und auch wirklich betroffen wurde, er hat sich nicht geschert, für die Volkskassen einzutreten und ihr große Opfer zu bringen. Wir sind deshalb überzeugt, daß, wenn er gewählt wird, er wiederum ebenso entschieden eintreten wird für die Rechte und Freiheiten des Volkes. (Leb. Bravo.)

M. H.! Ich habe für diese Wahl nicht die geringste Beforgnis, wenn nur das rechte Agitationsmittel angewandt wird. Das besteht einfach darin, daß wir Alle zur Wahl gehen! Breslau hat, seitdem das politische Leben erwacht ist, immer in den ersten Reihen den Kämpfer für geistigen Fortschritt gestan-den; es hat sich immer in den Kämpfen für bürgerliche Freiheit ausgezeichnet. Unseren Candidaten können wir auch diesmal durch das einfachste Mittel durchbringen, nämlich dadurch, daß wir sämmtlich zur Wahl gehen, insbeson-dere die Arbeiter. (Leb. Bravo.) Wir haben nicht nöthig, von „unpraktischen Noblesse“ zu sprechen, wir leben und wirken immer unter den Arbeitern; solche unpraktische Noblesse kennen wir nicht. (Heiterkeit.)

Bei den früheren Wahlen hat bisweilen ein Theil der Arbeiter gefehlt; so ganz Unrecht hatten sie nicht. Früher waren die Wahlen nach dem Recht des Geldbetrags zugeschnitten, und da habe ich es ihnen nicht verdrast, wenn sie nicht in solcher Anzahl erschienen. Auf dem Schlachtfelde von König-grätz, wo der General und der Gemeine, der Offizier und der Corporal ohne Unterschied des Ranges gekämpft und ihr Blut für die Einheit und Freiheit Deutschlands vergossen haben, da ist auch das allgemeine Wahlrecht errungen und besiegelt worden! Seitdem ist der Unterschied in Bezug auf den Geld-betrag verschwunden, die Arbeiter stehen gleichberechtigt da mit allen anderen Klassen der Wähler; jede einzelne ihrer Stimmen wirkt ebenbürtig wie die des Millionärs. Nachdem wir endlich das oberste demokratische Recht erlangt haben, müssen wir uns ja vor uns selbst schämen, wollten wir uns von der Wahl ausschließen: Niemand darf zurückbleiben! (Bravo.)

Unser Commandowort für den nächsten Dinstag lautet: An die Gewehre, d. h. an die Wahlurne: Unsere Parole: Justizrath Simon! (Donnernder Beifall.)

Vorhergehend stellte nun die Frage: Wünschen Sie, daß Justizrath May Simon im östlichen Wahlbezirk als Candidat der Fortschrittspartei für den norddeutschen Reichstag aufgestellt wird? Die Verammlung ertart sich ein-stimmig dafür.

Darauf gab der Vorsitzende noch einige Verhaltensregeln in Betreff der Wahl. Vor Allem ist es nöthig, daß die Wähler so zeitig als möglich erscheinen, da sonst bei der großen Masse von Wählern Viele, die sich spät einfinden, ihres Wahlrechtes verlustig gehen könnten. Diejenigen, die die Zettel selbst schreiben, dürfen nichts weiter darauf notiren, als den Namen „Justizrath May Simon“. Jeder andere Vermerk, jedes Zeichen, geschweige denn die Unterchrift des Wählers (bei geheimer Abstimmung!) ist nach dem Wahlreglement unstatthaft und macht den Stimmzettel ungültig. Ueberhaupt müssen die Stimmzettel so reinlich wie möglich abgege-ben werden. Schließlich ermahnte Redner noch einmal die Wähler, ins-besondere die Arbeiter, daß sie sämmtlich wie ein Mann zur Wahl kommen mögen. Es wäre ja eine Schmach, sagte Redner, wenn das erste Mal das allgemeine Wahlrecht, nachdem wir so oft den Wahlsieg errungen, zu unsern Ungunsten ausfiele. Breslau würde in das zweite Glied, in die zweite Reihe gedrängt werden. Kommen wir also wohlgerüstet auf den Kampfsplatz. Und nun schließe ich die Verammlung mit einem dreifachen Hoch auf unseren künftigen Abgeordneten J. R. Simon! Alle fielen begeistert ein, worauf die Verammlung in gehobener Stimmung sich trennte.

Breslau, den 8. Februar. [Tagesbericht.]

[Stadtältester.] Heute Mittag wurde dem Herrn Stadtrath Dr. Wilhelm Friedenthal bei seinem Ausscheiden aus dem städtischen Dienste, in Anerkennung seiner langjährigen Thätigkeit das ihm vom Magistrat gewidmete Diplom als Stadt-Ältester durch Herrn Oberbürgermeister Hübner im Beisein der Herren Bürgermeister Dr. Bartsch, Stadträthe Becker, Pläschke und Seidel überreicht.

[Den nächsten Sonntags-Vortrag] im Musiksaal der königl. Universitätsbibliothek wird Herr Gymnasiallehrer Dr. Eitner halten; sein Thema ist: „Ein Tag in Boja“.

[Burschenschafts-Jubiläum.] In der gestern abgehaltenen ersten Comite-Sitzung unter dem Präsidium von Hrn. Prof. Dr. Förster wurde der geschäftsführende Ausschuss, aus 7 Comite-Mitgliedern bestehend, gewählt. Derselbe wird seine Thätigkeit in der nächsten Woche beginnen. Beschlossen wurde ferner, daß das Fest innerhalb der ersten 8 Tage des Monats August gefeiert werden soll. Das Plenum des Comite's ist folgendermaßen zusammengesetzt: Alte Burschenschaft (Kaczek): Kreisgerichts-Director Wachler, Geh. Rath Prof. Dr. Göppert, Prof. Dr. Körber, Dr. Heymann, Prof. Förster, Dr. Rampe, Dr. Bach, Herring, Dr. Sommerbrodt, Ref. Moll, — stud. Flugstud. Richter. Burschenschaft Arminia: Dr. Großer, Dr. Steuer, Dr. Herba, Dr. Bunte, — stud. Urbach, stud. Menke. Burschenschaft Germania: Ref. Kirschner, Dr. Krause, — stud. Bid, stud. Meier.

[Anpflanzung.] Die Seiten des Trottoirs der Werderstraße (im Bürgerwerder) werden gegenwärtig mit jungen kräftigen Lindenbäumen bepflanzt. Längs der Mauer des ehemaligen Judentränkegebäudes, gegenüber den Kasernen, befindet sich bereits eine Allee von Lindenbäumen, welche nun bis zum Hauptfeueramtsgebäude Nr. 28 fortgeführt werden soll, da bis zu dieser Stelle die Werderstraße eine sehr beträchtliche Breite hat und durch Anpflanzung dieser Bäume bedeutend an Schönheit gewinnen wird. Die an dem Hause Nr. 12 stehenden beiden alten großen Linden wurden heute umgebaut, um durch andere jüngere dergleichen Bäume ersetzt zu werden, welche weniger Schatten haben und daher den Bewohnern des Hauses nicht jede Ansicht verbergen.

[Wasserstand.] Das Wasser ist von gestern bis heute fast in gleich r Höhe geblieben; der Oberpegel zeigte gestern 17' 6", heute 17', der Unterpegel gestern 5' 6" und heute 4' 9". Nach einer telegraphischen Depesche aus Ratibor stand gestern das Wasser dort 4' 4" und fällt langsam. Witterung schön und kühl. — In Reife war der Stand des Wassers 4' 9". Das Wasser ist im Wachsen. — Die Weide ist circa um 1' gefallen, und die dortigen Wiesen sind wasserfrei geworden. — Gestern Nachmittag hat sich das Eis aus der Stradate (Wald) verloren. Im Walde liegt das Eis an einzelnen Stellen noch bis 6' hoch. Ein Floß wurde durch das Hochwasser aus der Obste fortgeführt, wurde aber an der Paulinenbrücke aufgehalten. — Gestern Nachmittag wurde an der Dom-, Foruna- und Sandbrücke das Eis gesprengt, so daß die aus Oberösterreich eingetroffenen Schiffe bereits am Holzhofe haben anlegen können, um dort auszuladen. Überhalb stehen noch 12 Holzschiffe. Aus Ratibor treffen bereits Rähne ein; nur geht das Durchschleusen etwas langsam. — Die „Dampfschiffahrt-Aktien-Gesellschaft“ in Stettin hat bereits Schlepplähne, nach Breslau bestimmt, angelegt, und sobald dieselben volle Ladung haben, werden sie von den Dampfern hierher gebracht werden.

[J. R. (Polizeiliches).] Einem hiesigen Buchhalter wurden in letzter Zeit binnen wenigen Wochen zwei Ueberzieher in zwei verschiedenen Localen, der letzte in Morgenau, während seines Aufenthaltes daselbst gestohlen. Der Zufall hat es gefügt, daß in beiden Fällen das gestohlene Gut auf dem Carlshofe zum Verkauf ausgesetzt und jedesmal von dem Bruder des Bestohlenen erkannt und angehalten worden ist. — Gestern gegen Mitternacht wurde einem hier fremden Handwerksgehilfen auf der Albrechtsstraße, nahe der Ziegengasse, von einem Frauenzimmer die Taschenuhr gewaltsam entziffen, als er dieselbe eben herabgehoben, um der Diebin auf die Frage: wie spät es sei, Auskunft zu geben. Die Diebin gelang es derselben, nebst einer Begleiterin mit dem Raube zu entkommen.

[Zu der modernen Raubrittergeschichte] in der „Bresl. Ztg.“ kann Referent ein Seitenstück liefern. Ein hiesiger Kaufmann verkauft sein in der Vorstadt gelegenes Haus und nimmt als Anzahlung eine Hypothek über 6000 Thlr. an; er glaubt die Hypothek sicher, weil die beiliegende (gerichtliche) Zare sich auf 23,000 Thlr. stellt, ein Haus und eine Mühle in der Lage angegeben und die 6000 Thlr. mit 8000 Thlr. ausgeben. Als der Kaufvertrag über das Haus fertig und die Hypothek eodit war, begab sich der Herr Verkäufer in die Gegend von Rybnitz, um sich das Grundstück, auf welchem seine Hypothek baute, zu besichtigen und sich als neuer Gläubiger vorzustellen. Aber welcher Schreck! Die Mühle war verschwunden, anstatt des Hauses findet er eine Art Schuppen; zwar sind noch circa 4 Morgen Acker vorhanden, diese haben aber Gipsunterlage. Will nun der Hypothek-Besitzer seinen von seinem Capital haben, muß er Gips fördern lassen. — Die Sache ist der königl. Staatsanwaltschaft übergeben worden. — Dieser Tage wird aber schon wieder eine zweite Hypothek auf dasselbe Grundstück hinter den 8000 Thlrn. eingetragen und auf 6000 Thlr. lautend zum Kauf angeboten mit dem Bemerken: der Verkäufer braucht sehr nöthig Geld und wolle gern 500 Thlr. verlieren. — Dies zur Warnung für Alle, denen diese gute Hypothek zum Kauf angeboten wird!

[Aufgefundener Leichnam.] Heute in der Mittagsstunde wurde in der Nähe des Humanitätsgebäudes der Leichnam eines Trainofiziers aus dem Stadtgraben gezogen.

[Görlich, 7. Februar. (Wahlangelegenheiten).] Die liberale Partei ist in unserem Wahlbezirk nicht unthätig, so sicher sie auch des Sieges für Hrn. v. Carlowitz sein zu dürfen glaubt. Für Hrn. v. Carlowitz haben selbst zu der Zeit, wo die Wahl desselben als Landesverrath ausgesprochen wurde, die meisten Wahlmänner vom Lande unerschrocken gestimmt, und selbst die angestrichenen, welche statt dem Dr. Baur und dem Kreisrichter Passenge dem conservativen Candidaten die Stimme gaben, fanden gewöhnlich doch ihr Gewissen damit ab, daß sie Hrn. v. Carlowitz wählten. Deshalb rechnet man auch diesmal mit Bestimmtheit auf eine große Majorität für v. Carlowitz. Eine Erinnerung an das, was Hr. v. Carlowitz besonders in der deutschen Frage geleistet, ist den Vertrauensmännern in den einzelnen Ortsteilen in Gestalt einer Flugchrift zugegangen. Dieselbe, auch im „Moniteur der liberalen Partei“, wie die „Görlich. Ztg.“ den „Görlich. Anzeiger“ nennt, abgedruckt und schon dadurch in allen Kreisen verbreitet, bringt außer einer kurzen Lebensbeschreibung des Hrn. v. Carlowitz, der sich die Rolle entnimmt, daß Hr. von Carlowitz bereits 37 Jahre politisch thätig ist, einen Auszug aus dessen wichtigsten Reden und weist dadurch nach, daß die Grundgedanken der deutschen Politik des Grafen Bismarck weit früher vom Abg. v. Carlowitz aufgestellt und verteidigt sind. Sie hebt aber auch die entschiedene freisinnige Richtung des Hrn. v. Carlowitz hervor als eine Bürgschaft dafür, daß er mit dem Grafen Bismarck nicht durch Duld und Dünkel gehen, sondern alle die Rechte des Volkes wahren werde. Unter der Ueberschrift: „Hochst auffallende Wirkung des Bundesadelsgeheimnisses“ macht ein Inserat im „Anzeiger“ darauf aufmerksam, daß das am 25. März 1862 erschienene Programm der liberalen, welches die Wahrung der inneren Selbstständigkeit der Einzelstaaten verlangt und nur einem freisinnigen Ministerium die Unterstützung der Partei in Aussicht stellt, auch von den Herren Hittig, Sattig, Wland, Wrebo, von Hadenau u. unterzeichnet ist. Es schließt:

So am 25. März 1862 und heute?
Freiheit her und Freiheit hin,
Mit Bismarck geht's durch Duld und Dünkel!

* Waldenburg, 7. Februar. [Amtlicher Wahlauftrag.] Freiherr v. Zedlig und Neufurth, königlicher Rittmeister und Landrathamtsverweser hat eine Wahlproclamation erlassen, in welcher er vor der Zersplitterung der Stimmen warnt und dann fortfährt:

Es ist Euch bekannt, daß der Reichstags-Abgeordnete Euch wird vertreten müssen vor dem Gesamt-Europa, in einer Versammlung der bedeutendsten Capacitäten von ganz Deutschland, — daß es also ein Mann von politischer Bildung sein muß, der eine klare Einsicht, ein reifes Urtheil über die großen Verhältnisse der Gegenwart hat. Im Hinblick auf diesen, wie auf den vorher erwähnten, bei dieser Wahl erforderlichen Punkt, habe ich Euch den Rechtsanwält Herrn von Chappuis in Waldenburg zum Abgeordneten vorgeschlagen. Von anderer Seite ist Euch der Commerzienrath Hr. Reichenheim genannt worden; ein Fabrikbesitzer, der den größten Theil des Jahres in Berlin lebt, den gewiß die Wenigsten unter Euch kennen, den Viele wohl niemals gesehen haben, über welchen Ihr Euer Urtheil größtentheils also nur vom Hörensagen bilden könntet. Sicherer aber ist das eigene, selbst erworbene Urtheil. Herr v. Chappuis lebt seit langer Mitten unter uns; er hat sich in jahrelanger Thätigkeit um die Interessen vieler persönlich bekümmert, er kennt

den Kreis, er kennt Euch; wir haben ihn oft gesehen, gehört und gesprochen, und haben Gelegenheit gehabt, Vertrauen zu seiner Einsicht zu gewinnen.

Allerdings sind die politischen Rechte nach der Verfassung vom religiösen Bekenntnis unabhängig, dennoch würde es meines Erachtens einen eigenthümlichen Eindruck machen, wenn der Waldenburger Kreis — der mit geringer Ausnahme aus christlichen Bewohnern besteht — auch diesmal, wo er für sich allein einen einzigen Abgeordneten zu wählen hat, sich dazu herbeilassen wollte, auf dem großen norddeutschen Reichstage sich durch einen Abgeordneten mosaischer Confession vertreten zu lassen. Der Commerzienrath Reichenheim ist Israelit, Hr. v. Chappuis ist Christ.

Es ist das unseres Wissen der erste amtliche Wahlauftrag, in welchem ausdrücklich die confessionellen Verhältnisse mit in den Kampf der Parteien hineingerissen werden.

ch. Neumarkt, 6. Februar. [Wählerversammlung.] Heute fand hier die erste „allgemeine“ Wählerversammlung statt. Dieselbe war veranlaßt durch „mehrere conservativ-Männer“ und wurde eröffnet durch Herrn Pastor primarius Dr. Gubner in langer schöner Rede, deren kurzer Sinn war: mit Graf Wiemard du Ch. und Dinn gehen und deshalb Herrn Regierungsrath Elwanger zum Vertreter unseres Kreises ins Parlament wählen. Die Versammlung zählte höchstens 50 Personen, von denen die eine Hälfte der entschieden conservativen, die andere der entschieden liberalen Partei angehörte. Aus dieser Thatsache ist es auch nur zu erklären, daß kein Redner der liberalen Partei das Wort ergriff und da auch entgegenge-setzterseits Niemand mehr etwas zu sagen hatte, als daß der schon genannte Redner noch bat: man möge bei ihm Stimmzettel in Empfang nehmen, verließ die Versammlung in aller Gemüthsruhe. Die liberale Partei hat nun für nächsten Freitag, Sonnabend, Sonntag und Montag in vier verschiedenen Localen Wahlversammlungen ausgeschrieben. Sie thut das erst jetzt deshalb, weil sie genau überzeugt ist, die Lösung der ganzen Wähler-sache der Stadt, mit Ausnahme eines sehr kleinen Theils derselben, ist auch nach dem Kriege bei der Wahl des Kreis-Gerichts-Director Wachler geblieben. Es bleibt demnach in den Versammlungen hauptsächlich nur die formelle Seite der Wahlangabe zu ordnen übrig. — Für die Wähler-sache auf dem Lande ist diesmal bis jetzt leider wenig geschehen. Dort kann nur durch gute Flugblätter von hier aus agitiert werden und solche sind in kaum nennenswerther Zahl den Vertrauensmännern vom Sitz des Kreis-Wahl-Comite's zugekommen. Schließlich haben sich diese durch Herrn Laßwitz an Herrn L. Parisius in Berlin direct gewandt und sind von dort umgehend und reichlich mit guten Flugblättern versehen worden. Was sich hier also noch gut machen läßt, wird wohl geschehen.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 8. Februar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe wenig verändert, ordinäre 12 1/2 — 14 Thlr., mittlere 14 1/2 bis 15 1/2 Thlr., feine 16 1/2 — 18 1/2 Thlr., hochfeine 18 1/2 — 19 Thlr., — Kleesaat, weiße ruhig, ordinäre 18 — 20 Thlr., mittlere 22 — 24 Thlr., feine 26 1/2 — 28 Thlr., hochfeine 29 — 30 Thlr. pr. Centner.

Roggen (pr. 2000 Pfd.) fester, gel. — Ctr., pr. Februar 53 1/2 Thlr. bezahlt und Br., Februar-März 52 1/2 Thlr. Ctr., März-April —, April-Mai 52 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 52 1/2 Thlr. Ctr., 52 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli —. Weizen (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Februar 75 Thlr. Br. Gerste (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Februar 50 Thlr. Br. Hafer (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Februar 43 Thlr. Br. Raps (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Februar 95 Thlr. Br. Rübsöl (pr. 100 Pfd.) geschäftlos, gel. — Ctr., loco 11 1/2 Thlr. Br., pr. Februar 11 1/2 Thlr. Br., Februar-März 11 1/2 Thlr. Br., März-April 11 1/2 Thlr. Br., April-Mai 11 1/2 Thlr. Br., Mai-Juni 11 1/2 Thlr. Br., Juni-Juli —, September-October 11 1/2 Thlr. Br. Spiritus fester, gel. — Quart, loco 16 1/2 — 16 1/2 Thlr. bezahlt und Br., pr. Februar 16 1/2 Thlr. Ctr., Februar-März 16 1/2 Thlr. Ctr., März-April —, April-Mai 16 1/2 Thlr. Ctr., Mai-Juni —, Juni-Juli —. Zink ohne Umfag.

Die Börsen-Commission.

Hannoversche Bank. Nach der Uebersicht vom 31. Januar sind gegen alt. Dezember vermehrt: Kassen-Vorrath um 229,750 Thlr., Wechselbestände um 104,902 Thlr., Banknoten im Umlauf um 169,280 Thlr., Creditoren in laufenden Rechnungen und Diverse um 44,455 Thlr. — Dagegen sind vermindert: Ausgeliehene Capitalien gegen Deposits um 31,227 Thlr., Debitoren in laufenden Rechnungen gegen Siderheiten und Diverse um 101,184 Thlr., Depositen-Capitalien zur Verzinsung um 11,493 Thlr.

Münchener, 5. Febr. [Hopfen.] Die in unseren vorigen Berichten gemeldete Stille im Hopfengeschäfte dauert fort und vielseitig vernimmt man, daß nicht unbedeutende Vorräthe angetroffen sind, von denen man bisher keine Ahnung hatte. — Am heutigen Markte war die Zufuhr und der Abzug der Waare sehr gering; ein wesentlicher Preisrückgang machte sich jedoch nicht bemerkbar, und sind besonders Lagerhopen im Preise nur wenig verändert. Gute Markthopen 115 — 125 fl., do. bessere 125 — 130 fl., Spalter Land 150 — 165 fl., Nischgründer 115 — 130, Altdorfer, Herbruder 120 — 127, Hal-lertauer 130 — 140, 1865er 85 — 95 fl.

Nach den monatlich von der Administration des Bureau Veritas herausgegebenen Listen sind im Jahre 1866 verloren 2581 Segelschiffe und 165 Dampfer. Als verschollen gelten 183 Segelschiffe und drei Dampfer, so daß sich die Totalverluste in 1866 auf 2932 Schiffe stellen. Diese Unfälle vertheilen sich auf 168 Dampfer, 2732 Segelschiffe von Holz und 32 dergleichen von Eisen. Es gingen davon verloren: durch Anfehlung 130, Feuer 101, Explosion 4, Strandung und Verlassen in See 2336, Condemnirung 160, Verschleiden durch Eis 15, ohne Nachricht blieb man von 186 Schiffen. Den größten Schaden nach befanden sich darunter: 1461 Engländer, 335 Amerikaner, 261 Franzosen, 96 Holländer, 56 Preußen, 53 Norweger, 49 Italiener, 48 Hannoveraner, 41 Dänen, 40 Oesterreicher, 40 Spanier, 37 Schweden, 27 Hamburger, 26 Russen, 24 Griechen, 17 Bremer, 11 Portugiesen, 10 Schleswig-Holsteiner, 9 Belgier, 8 Mecklenburger, 8 Türken, 7 Brasilianer, 5 Cilenen, 4 Küber, 3 Mexicaner, 2 Peruvianer, 1 Columbianer, 1 Haitier, 1 Argentinier, 238 unbekannter Flagge.

[Hopfenbau in Neutomysl.] Einer Schrift des Herrn Jos. Jacob Platan, Ehrenbürger von Neutomysl, entnehmen wir über den dortigen Hopfenbau, daß derselbe jetzt bei einer vollen Ernte nahe an 40,000 Centner eines zu Lagerbieren vorzüglich geeigneten Productes gewonnen werden, welches den besten Hopfen-Sorten aus Baiern und Böhmen zur Seite gestellt wird und deshalb auch hauptsächlich an bairische und böhmische Hopfenhändler seinen Abzug findet. Der Hopfenbau in dieser Gegend ist der umfangreichste in Preußen und der einzige Erwerbszweig einer Bevölkerung von circa 10,000 Menschen, welche dadurch zu einem wachsenden Wohlstande erhoben ist. Im Jahre 1860 sind für Hopfen in Neutomysl 2,200,000 Thlr. vereinnahmt worden. Es bestehen daselbst mehrere Anstalten mit den nöthigen Vorbereitungen (hydraulischen Pressen u. dergl.), um Hopfen nach böhmischer, bairischer, französischer und englischer Art, kurz in jeder Art, wie es von den Abnehmern gewünscht wird, zu verpacken.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Berlin, 8. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses rügte Herr v. Binde (Hagen) vor der Tagesordnung, daß der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Zinsbeschränkung auch für den Grundbesitz und den Hypothekenverkehr nicht im Herren-hause berathen sei. Darauf erfolgte die Schlussberathung des Postar-Gesetzes. Der Referent Köppl empfiehlt dasselbe in der unveränderten Fassung, die ihm die Regierung gegeben, nachdem das Herrenhaus die Abänderungen des Abgeordneten-Hauses verworfen habe.

Der Abg. Zweifeln beantragt die Wiederherstellung der ersten Beschlüsse des Abgeordneten-Hauses und bestreitet dem Herrenhause das Recht, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und in Finanzgesetzen die Initiative zu ergreifen. Der Regierungs-Commissar erklärt, daß die Beschlüsse des Abgeordneten-Hauses nicht annehmbar seien. Abg. v. Forderbeck führt aus, daß das Herrenhaus verfassungsmäßig verfahren.

Das Haus nimmt ohne Discussion den Antrag des Abg. Zweifeln an. Der Minister des Innern verliest hierauf die königliche Botschaft, welche den Schluss des Landtags für Sonnabend Mittags um 1 Uhr durch den König anzeigt.

Abg. John referirt Namens der Justizcommission über die Petition von Solowicz (Erkennung des Judenreides durch den allgemeinen Staatsbürgerreid) und beantragt Ueberweisung desselben an die Regierung zur Berücksichtigung. Nach einer längeren Rede des Abgeordneten Kösch beschließt das Haus die Ueberweisung der Petition nebst der Aufforderung an die Regierung, in der nächsten Session einen Entwurf vorzulegen, wodurch die Formel des Judenreides durch eine angemessenere ersetzt werde. In Betreff der Petitionen Schleswig-holstein'scher Offiziere bittet der Abg. v. Stavenhagen die Regierung, den Opfern der damaligen unglücklichen Politik ihr Wohlwollen zuzuwenden. Der Regierungs-Commissar verspricht dies und hofft von dem neuen Pensionsgesetz die Befriedigung der Ansprüche jener Offiziere.

Berlin, 8. Febr. In der Schlussrede des Präsidenten v. Forderbeck in der heutigen Sitzung des Abgeordneten-Hauses heißt es nach Aufzählung der verschiedenen erledigten Vorlagen: Ich enthalte mich jeder materiellen Betrachtung unserer Arbeiten; die Beurtheilung derselben gebührt dem Volke, der Zukunft, der Geschichte. Nur eins darf ich feststellen, die Uebereinstimmung zwischen den drei Factoren der Gesetzgebung in allen wichtigen Fragen; sie verbürgt für die Zukunft den festen Willen des preussischen Volkes: einig mit der Krone und im festen Glauben der Verfassung muthig und unterzagt einzutreten in die neue Lage, welche der glorreiche Krieg geschaffen. Geben wir dieser Einmüthigkeit den altgewohnten Ausdruck: „Se. Majestät der König lebe hoch!“ Der Abg. v. Stavenhagen sprach darauf dem Präsidenten den Dank des Hauses aus.

Berlin, 8. Febr. Im Herrenhause verliest der Handelsminister die allerhöchste Botschaft, welche die Landtagsession Sonnabend Mittag 1 Uhr schließt. Der Präsident resumirt die Sessionarbeiten und bringt ein dreimaliges Hoch auf den König aus. Im Abgeordneten-hause wurde der letzte Petitionsbericht abgelesen. Der Präsident resumirt die Sessionarbeiten und schließt mit einem Hoch auf den König. Stavenhagen dankt dem Präsidenten für seine Geschäfts-leitung.

Berlin, 8. Febr. Gestern Abend von 6 bis 9 Uhr fand eine Bundesconferenz statt, worauf die Bevollmächtigten zur Kronprinzlichen Soiree gezogen wurden, die zu Ehren des Grafen von Flan-dern stattfand. Heute 11 Uhr Vormittags war die Schlussverhandlung, sodann giebt Savigny ein Abschieds-dinner, unter Theilnahme sämtlicher Minister. Schon heut Abend wollen mehrere Bevollmächtigte Berlin verlassen.

Paris, 8. Febr. Der „Moniteur“ bringt ein Decret, welches die amtlichen Beziehungen zwischen dem Senat und der Legislative einerseits, dem Kaiser und dem Staatsrath andererseits gemäß den Bestimmungen des Decrets vom 19. Januar regelt.

Florenz, 8. Febr. Der König empfing Kuba, welcher das Belgauigungsvertheilen überreichte.

Madrid, 8. Februar. Serrano wurde mit mehreren anderen Exilanten begnadigt.

Petersburg, 8. Febr. Der „Russ. Inval.“ widerlegt die Nachricht der „Ueberlandspost“ über einen russischen Sieg über die Bokharen, bemerkend, daß keinerlei Nachrichten von den Kriegereignissen in Mittelasien eingetroffen seien.

New-York, 5. Febr. Das Repräsentantenhaus beauftragte die Budgetcommission, über die Bill zu berichten, die eine weitere Verminderung des Papiergeldes während des Laufs des Jahres verbin-dern soll.

Atten, 4. Februar. Die Regierung legte der Kammer einen Gesetzentwurf in Betreff des Ankaufs von 2 Panzerfregatten und vier Corvetten vor. Der Finanzminister legte einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Anerkennung der britischen Anleihe vom Jahre 1825. Es wird eine neue Anleihe beabsichtigt. Nach Bukarest, Serbien und Montenegro sind Gesandte in geheimer Mission abgegangen; eine ausgedehnte Propaganda arbeitet an der Revolutionierung der türkischen Grenzprovinzen.

Pest, 7. Febr. Gutem Vernehmen nach wird Deak in Folge allerhöchster Berufung in Begleitung mehrerer hervorragender Mitglieder seiner Partei sich heute nach Wien begeben.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 8. Februar, Nachm. 2 Uhr. [Schluss-Course.] Bergisch-Märk. 153 1/2. Breslau-Freiburger 142 1/2. Neisse-Brügger 102 B. Köln-Oberberg 56 1/2. Galizier 86 B. Adm.-Winden 146. Lombarden 108 1/2. Mainz-Ludwigshafen 131 1/2. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 81 1/2. Oberschles. Litt. A. 183 1/2. Oester. Staatsbahn 109. Oppeln-Tarnowitz 75. Rheinische 116 1/2. Warschau-Wien 64 1/2. Darmstädter Credit 84 1/2. Disconto-Commandit —. Minerva 38 1/2. Oesterreich. Credit-Aktien 70. Schles. Bankverein 115. 5proc. Preuss. Anleihe 104 1/2. 4 1/2proc. Preuss. Anl. 99 1/2. 3 1/2proc. Staatsanleihe 85 1/2. Oester. National-Anl. 55 1/2. Silber-Anleihe 61. 1860er Loose 68 1/2. 1864er Loose 43 1/2. Ital. Anleihe 55 1/2. Amerikan. Anleihe 77 1/2. Russ. 1860er Anleihe 88 1/2. Russ. Banknoten 81 1/2. Oester. Banknoten 78 1/2. Hamburg 2 Monate —. London 3 Monate —. Wien 2 Monate 78 1/2. Warschau 8 Tage —. Paris 2 Monate —. Russisch-Polnische Schatzobligationen 63 1/2. Polnische Bank-briefe 60 1/2. Baiernische Prämien-Anl. 102 1/2. 4 1/2proc. Oberschles. Prior. F. 94 1/2. Schlesische Rentenbriefe 92 1/2. Polener Credit-Anleihe 88 1/2. — Fest. Oesterreich. Credit sehr lebhaft. Lombarden lebhaft.

Wien, 8. Februar. [Schluss-Course.] 5proc. Metalliques 61, 70. National-Anleihen 71, 30. 1860er Loose 87, 80. 1864er Loose 83, 25. Credit-Aktien 177, 40. Nordbahn 164, 90. Galizier 219, —. Böhmische Westbahn 158, 25. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 207, —. Lomb. Eisenbahn 204, 75. London 129, 25. Paris 51, 30. Hamburg 96, —. Kassenscheine 191, —. Napoleonsdor 10, 33.

New-York, 6. Februar. Wechsel auf London 108 1/2. Goldagio 37 1/2. Bonds 108 1/2. Illinois 114 1/2. Erie 60. Baumwolle 33. Petroleum 29. Staatsanleihe Anfang Februar 2543 Millionen.

Berlin, 8. Febr. Roggen: fest. Febr. 56 1/2, Febr.-März —, April-Mai 55 1/2, Mai-Juni 55 1/2. — Rübsöl: still. Febr. 11 1/2, April-Mai 11 1/2. — Spiritus: unverändert. Febr. 16 1/2, Febr.-März 16 1/2, April-Mai 17 1/2, Mai-Juni 17 1/2. (M. Kurnit's L. B.)

Stettin, 8. Februar. [Telegr. Dep. des Bresl. Handelsbl.] Weizen fester, pro Frühjahr 84 1/2. Mai-Juni 85. — Roggen fester, pro Frühjahr 54 1/2. Mai-Juni 54 1/2. Juni-Juli 54 1/2. — Gerste pro Frühjahr 48 1/2. — Hafer pro Frühjahr 30 1/2 bez. — Rübsöl unverändert, pro Febr. 11 1/2. April-Mai 11 1/2. — Spiritus fester, pro Febr. 16 1/2. Febr. 16 1/2.

Inserate.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Im Monat Januar 1867 wurden auf der Bahn 61,800 Personen befördert.

Die Einnahme hat betragen:

1) aus dem Personen- u. Verkehr . . . 23,500 Thlr. 17 Sgr. 9 Pf.
2) aus dem Güter-Verkehr . . . 82,683 „ 2 „ 4 „
3) aus dem Extraordinären . . . 1,885 „ 4 „ 9 „

im Ganzen 108,068 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf.

Im Januar 1866 betrug die Einnahme nach richtiger Feststellung 114,162 Thlr. 3 Sgr. 1 Pf.

Daher 1867 weniger 6,093 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf.
Breslau, den 6. Februar 1867. Directortum.

Verlobungs-Anzeige.

Die Verlobung unserer Tochter **Erne-
stine** mit dem Kaufmann **Herrn Hein-
rich Anheim** aus Hohenploh beehren
wir uns statt jeder besonderen Meldung
ergebenst anzuzeigen. [1577]
Gleiwitz, den 6. Februar 1867.
J. Plonsker und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:

**Erneftine Plonsker, Gleiwitz,
Heinrich Anheim, Hohenploh.**

Verbindungs-Anzeige.

Ihre gestern erfolgte eheliche Verbindung
beehren sich anzuzeigen. [1586]
**Emil Schwarz,
Clara Schwarz,
geb. Kienast.**

Breslau, den 7. Februar 1867.

Die heute früh erfolgte glückliche Entbin-
dung meiner geliebten Frau **Wanda, geb.
Haupt**, von einem gesunden Mädchen beehre
ich mich Freunden und Bekannten hierdurch
anzuzeigen.

Ditrowo, den 6. Februar 1867.

[434] **G. Du Bris, i. gl. Post-Expedient.**

Verwandten und Freunden zeige ich hiermit
ergebenst die heute Morgen erfolgte glückliche
Entbindung meiner geliebten Frau **Kathalie,
geb. Steinfeld**, von einem kräftigen Jungen
an. Görlitz, den 7. Februar 1867.

[438] **W. Lewy, Apotheker.**

Meine liebe Frau **Beate, geb. Heilborn**,
wurde heute Vormittag um 10 Uhr von einem
gesunden Knaben glücklich entbunden. Dies
Verwandten und Bekannten statt jeder beson-
deren Anzeige. Sorau, den 7. Februar 1867.
[1570] **Heimann Koedmann.**

Todes-Anzeige.

Statt jeder besonderen Meldung.
Gestern Abend 9½ Uhr entschlief sanft in
Folge eines chronischen Brustleidens mein ge-
liebtes braves Weib **Eleonore, geb. Lidel.**
Breslau, den 8. Februar 1867.
[1569] **Julius Welsch.**

Todes-Anzeige.

Am 7. d. Mts. Abends 6½ Uhr entschlief
sanft im Herrn unser lieber guter Vater,
Schwiegerater, Großvater und Bruder, der
Auszügler **Carl Böhm**, im Alter von 67
Jahren und 10 Tagen. Tiefbetrubt zeigen wir
dies allen Freunden und Bekannten hierdurch an.
Köln b. Breslau, den 8. Februar 1867.
[1587] **Die Hinterbliebenen.**
Beerdigung: Sonntag Nachmittag 2 Uhr.

Familien-Nachrichten.

Verlobungen: Fräul. Auguste Stephan
mit Hrn. Gustav Baische in Berlin. Fr. Jo-
hanna Valentin aus Belgard mit Hrn. Albert
Jertowsky das. Fr. Rosalie Oppenheim in Alt-
Gießen mit Hrn. Sylvius Liebert aus Frei-
walde a. O.

Ehel. Verbindung: Herr Ferd. See-
hausen mit Fr. Vertha Preuke in Berlin.
Geburten: Ein Sohn Hrn. Otto Schilde
in Berlin. Hrn. Hauptmann Menje in Coblenz,
eine Tochter Hrn. W. Hud in Berlin. Herrn
Otto Krafft jun. das. Fr. Rud. Schaeffer
das. Fr. Gust. Koch das.

Todesfälle: Frau Ottilie Geisler, geb.
Brose in Berlin. Frau Vertha Friedländer,
geb. Reichenheim, das. Frau Sophie Levin, geb.
Nidel daselbst. Frau Henriette Mangold, geb.
Dobele, das. Herr Kaufmann Carl Bachin
das. Herr Kaufm. Th. Herm. Weis das. Frau
Malwine Ehrhardt, geb. Haenler, das. verw.
Richter, geb. Müller, im Alter von 77 Jahren
in Bernau. Herr Divisions-Auditeur Rudolph
Kloß in Brandenburg. Herr Inspector Carl
Ludwig Heilmann in Reindendorf. Herr Rm.
Friedrich Couard Bandid in Libben.

Breslauer Theater (Gartenstraße 19).
Sonabend, den 9. Febr. 26. Vorstellung im
zweiten Abonnement von 60 Vorstellungen.
„Deutsche Modebuden.“ Lustspiel in fünf
Acten von C. Gölitz. Hierauf: „Sing-
vögelchen.“ Wiederpiel in 1 Act von C.
Jacobson. Musik von Th. Hauptner.

Sonntag, den 10. Febr. 27. Vorstellung im
zweiten Abonnement von 60 Vorstellungen.
Gastspiel des Fräul. v. Walzka, vom Groß-
herzog. Hoftheater in Oldenburg. „Don
Carlos.“ Dramatisches Gedicht in 5 Acten
von Fr. v. Schiller. (Elisabet v. Valois,
Fräul. v. Walzka.)

Herlichste und innigste Glückwünsche dem
Fräulein **Antonie Freund** zu ihrem heutigen
Geburtstage. [1573]

Verein f. classische Musik.
Sonabend, den 9. Februar,
Onslow, Sonate à 4ms. E-moll. Op. 7.
Mozart, Quintett B. [1805]
Beethoven, Quintett Es.

Schachclub „Vratislavia“.
Ausserordentl. Versamml. Sonabend, d.
9. d. M., Ab. 7 Uhr, in der Conditorei von
Katsch (Klosterstr. u. Oblanderstr. Ecke).
[1811] **Ludwig Brandt.**

Mein Bureau befindet sich: [1753]
Junkerstraße Nr. 2
im Kibbert'schen Hause (2. Etage).
Breslau, den 6. Februar 1867.

Wiener,
Rechtsanwalt und Notar.
Sonabend, den 9. Februar:
Große
Theater-Redoute
mit Geschenken-Verloosung in den festlich deco-
rirt. Saalräumen des Wintergartens.
Gilletts hierzu sind in den bekannten Com-
manditen zu haben. Das Nähere befragen die
Anschlagesettel. [1787]

M. Wiedermann.
Der im Jahre 1863 von Vignis nach Lon-
don verlegene Kaufmann **Franz Reichert**
wird aufgefordert, mit seinen gegenwärtigen
Wohnort anzuzeigen. [1578]
Chr. Gunkel, Nitel-Strasse 37.

Gottesdienst auf Grund des Wortes

alten und neuen Testaments, Sonntag Vormittag 10 Uhr, Nachm. 5 Uhr und Donnerstags
Abend 7½ Uhr, Ring Nr. 24. [1584]

Königliche Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Prioritäts-Obligation der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Serie III, Nr. 13,789
über 100 Thlr. nebst den dazu gehörigen Coupons Nr. 2 bis incl. 8 und Talon sind als
verbrannt und die Coupons Nr. 7 und 8 nebst Talons zu den Niederschlesisch-Märkischen
Eisenbahn-Stamm-Aktien Nr. 1093, 1099, 1100, 1101, 1796, 1797, 6572, 8542, 12,483,
13,646, 23,774, 27,036, 29,766, 30,305, 35,659, 39,736, 57,809, 57,811, 57,850, 57,858,
57,859, 57,979, 57,983, 58,034, 58,035, 58,036, 58,037, 58,048, 58,492, 60,501, 61,342,
66,271, 67,286, 67,287, 67,288, 67,407, 67,436, 67,437, 67,613, 69,348, 69,351, 69,687,
69,674, 72,455, 75,274, 79,247, 80,669, 81,040, 81,041, 81,055, 81,056, 85,193 und 85,194
als gestohlen bei uns angemeldet worden.

In Gemäßheit des vierten Nachtrages zum Statut der ehemaligen Niederschlesisch-Mär-
kischen Eisenbahn-Gesellschaft vom 19. Dezember 1848 (Gesetzsammlung pro 1849 Seite 135)
und des Gesetzes vom 31. März 1852 (Gesetzsammlung pro 1852 Seite 89) werden die ge-
genwärtigen Inhaber der oben bezeichneten Prioritäts-Obligation, Coupons und Talons hier-
durch aufgefordert, solche an uns einzuliefern oder etwaige Rechte auf dieselben bei uns geltend
zu machen, widrigenfalls deren gerichtliche Mortification von uns beantragt werden wird,
welche nach dem Statut vom 19. Dezember 1848 erfolgt, wenn diese Aufforderung dreimal
in Zwischenräumen von drei zu drei Monaten veröffentlicht und die Einlieferung oder Gel-
tendmachung etwaiger Rechte nicht spätestens binnen 3 Monaten nach der letzten Publication
geschehen ist. Berlin, den 1. Februar 1867.

Königliche Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Berein junger Kaufleute.

Sonabend den 9. Februar, Abends 8 Uhr:

Vortrag des Herrn Dr. M. Elsner über die gegenwärtigen amerikanischen Verhältnisse. [1800]

Bazar „Moritz Sachs“, Ring Nr. 32.

Eine Sendung neuester Ball-Roben und eleganter hellseidener
Gesellschafts-Toiletten habe ich von meinem Pariser Hause empfangen.

Moritz Sachs, i. gl. Hoflieferant. [1812]

**10,000 Thlr. sind zur Unterstützung deutscher Krieger oder
deren Hinterbliebenen von dem Erlöse ausgesetzt.**

Bad Fieschel Loose.

**Anwiderruflich findet die Ziehung
genannter Loose
am 15. März 1867 statt.**

Diesem Auftrage, die der starken Nachfrage halber bis jetzt
noch nicht zur Effectuierung gelangten, finden in den nächsten Tagen
ihre Erledigung.

Sämmtliche Loose mit früheren Ziehungs-Daten versehen, behalten ihre
volle Gültigkeit.

Hauptgewinn: Das Bad Fieschel, vollständig schulden- und hy-
pothekenfrei, mit einem 15 Morgen großen Kurgarten, sowie eine große
Anzahl der schönsten Nebengewinne, bestehend in Pferden, Equipagen,
Silberwaaren und Staats-Prämien-Loose mit eben-tuellen Treffern von:

fl. 300,000,	250,000,	200,000,	150,000,	50,000,	46,000,
43,000, u.					

Ein Original-Loos kostet 1 Thlr. Pr. Ct.
Einf. Original-Loose kosten 10

Gefällige franliste Aufträge mit „Veränderung“ oder „Ermächtigung zur
Postnachnahme“ beliebe man baldigt und nur direct an unser Ver-
waltungsmittelglied
Herrn Ludwig Leopold Born, Handlungs-Haus in Frankfurt a. M.
zu richten. [1795]

Der Verwaltungsrath.
Baron von Helmberg, L. Haarmann,
Rittergutsbesitzer. Obergerichts-Anwalt.

Reiz Loos bleibt ohne Ersatz.

Im Bibliographischen Institut in Hildburghausen ist soeben erschienen und
in allen Buchhandlungen zu haben, geeignet zum Verfolg der orien-
talischen Frage: [1663]
Special-Karte der Europ. Türkei in vier Blättern. (Maassstab
1:750,000.) Preis: 1 Thlr. — Auf Leinwand gezogen, in Buch-
form 1½ Thlr.

Liqueur
der
Benedictiner-Mönche
der Abtel von Fecamp,
bestehend seit 1510, bekannt unter dem Namen
BENEDICTINE

Dieser vortreffliche Liqueur ist antiapoplectisch und verdauungsbeördernd. Die heil-
samen Pflanzen, aus welchen er zusammengesetzt ist, machen ihn zu einem der besten
Präservativmittel gegen Sydenien. [1799]
A. LEGRAND aine et Cie. in Fecamp (Seine-Inférieure),
Haus in Paris, 19, Rue Vivienne.
Zu finden in allen guten Häusern Frankreichs und des Auslands.

Große Gewinnziehung.
1864er Loose.
Am 1. März 1867.

Haupt-Gewinne: Gulden 200,000; 50,000; 15,000; 10,000; 2 à 5000;
3 à 2000; 6 à 1000; 15 à 500; 30 à 400; 740 à 145.

Aufträge zur Vertheilung mit 1 Loose für 2 Thlr., mit 6 Loose für 10 Thlr., mit
13 Loose für 20 Thlr. beliebe man baldigt einzuliefern. [1167]
M. Morenz, Effecten-Geschäft in Frankfurt a. M.

MATICO-CAPSETIN
VON GRIMAULT & CO. APOTHEKER IN PARIS

Diese Gallert-Kapseln enthalten den Copaiba-Balsam, verbunden mit dem flüchtigen Oele
der Matico-Pflanze und werden als untrügliches Mittel gegen den Samenfluß
(Gonorrhoe) angewandt. [411]
Für Personen, welche gegen diese Krankheit gern äußerliche Mittel anwenden, wird von
dem Hause Grimault u. Comp. auch eine Injection aus Matico angefertigt, welche gleich-
falls die wirksamen Bestandtheile genannter Pflanze enthält und deren Wirkung den best-
empfohlenen Mitteln gegen den Schleimfluß gleichzustellen ist.
Niederlage in Breslau in der Vesulap-Apothete, Oblanderstr. 3 bei Fr. Gersch, Apotheke.

[385] **Bekanntmachung.**
Die uns erhaltene Anzeige, daß dem Bauer-
Aussieger Johann Hierschmann zu Witten
die schließlichen 3/4 procentigen Pfandbriefe
Offen und Seiffersdorf, N. G. Nr. 618 und
Bittschin, O. S. Nr. 330 über je 100 Thaler
abhandeln gekommen, wird nach § 125 Abs. 51
der Proj.-Ordn. bekannt gemacht.
Breslau, am 7. Februar 1867.
Schlesische General-Landschafts-Direction.

[381] **Bekanntmachung.**
Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die
Vormundschaft über den Sohn des verstorbe-
nen Particuliers Carl Mitsche, Namens
Georg Mitsche, geboren den 25. Nov. 1842
bis zu dessen vollendetem 30. Jahre durch das
Testament des Particuliers Carl Mitsche vom
29. November 1865 eröffnet, den 30. Dezbr.
1865 verlängert ist.
Breslau, den 26. Januar 1867.
(L. S.)
Königl. Stadt-Gericht. Abth. II.
für Vormundschaftsachen.
(gez.) Behrends.

Bekanntmachung.
In dem Concurse über das Vermögen der
Handels-Gesellschaft Gebrüder Rosenberger
sollen mehrere zur Masse gehörige Forderungen
am 13. Febr. c., Vorm. 11½ Uhr,
durch den Auct.-Commissar Fuhrmann unter
Leitung des unterzeichneten Commissars im
Zimmer Nr. 47 des Stadtgerichts vertheilt
werden. [383]
Die Beschreibung der Forderungen kann im
Bureau XII. eingesehen werden.
Breslau, 26. Januar 1867.
Königl. Stadt-Gericht.
Der Commissar des Concurses. v. Planß.

Konkurs-Eröffnung. [387]
Ueber das Vermögen des Bettfedehändlers
Marcus Wolff hier, Kupferschmiedestraße
Nr. 8, ist heute Nachmittag 12½ Uhr der
taufmännische Konkurs eröffnet und der Tag
der Zahlungseinstellung
auf den 2. Januar 1867
festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist
der Kaufmann Carl Schwab, Alte-Laschen-
straße Nr. 7 hier bestellt.
II. Die Gläubiger des Gemeinschuldners
werden aufgefordert, in dem
auf den 22. Februar 1867, Vormittags
11½ Uhr, vor dem Kommissarius Gerichts-
Assessor Lettgau, im Terminszimmer 47
im zweiten Stock des Gerichts-Gebäudes
anberaumten Termine ihre Erklärungen und
Vorschläge zur Bestellung des definitiven Ver-
walters abzugeben.

III. Allen, welche von dem Gemeinschuldner
etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen
in Besitz oder Genussum haben, oder welche
ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts
an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen,
vielmehr von dem Besitz der Gegenstände
bis zum 8. März 1867 einschließlich
dem Gericht oder dem Verwalter der Masse
Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt
ihrer etwaigen Rechte ebendahin zur Kon-
kursmasse abzuliefern.
Pfandhaber und andere mit denselben
gleichberechtigte Gläubiger der Gemeinschul-
dnerin haben von den in ihrem Besitz befind-
lichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.
Breslau, den 8. Februar 1867.
Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

[386] **Bekanntmachung.**
Als Procurirten der hierorts bestehenden und
im Firmen-Register sub Nr. 26 unter der Firma
„Wilhelm Winter & Comp.“ eingetragenem,
dem Kaufmann Carl Wilhelm Moritz
Winter gehörigen Handels-Einrichtung, sind
dessen Buchhalter Adolf Heinrich Hermann
Winter und Johann Gottlieb Hermann
Schwabe hieselbst, von denen Jeder die Firma
selbstständig zu vertreten berechtigt ist, unter
Nr. 15 in unser Procuren-Register heute ein-
getragen worden.
Neichenbach in Schlej., am 2. Febr. 1867.
Königliches Kreis-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1798]
Die städtische Schuldienersstelle hieselbst ist
anderweitig zu besetzen. Qualifizierte Personen
— auch Nicht-Civilbedienstetene — welche
diese Stelle annehmen wollen, wollen
sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse bis Ende
d. Mts. bei uns melden.
Das Einkommen der Stelle besteht in jähr-
lich 100 Thlr. fixem Gehalt, circa 60 Thlr.
Lohnem und freier Wohnung nebst Be-
heizung.

Der Schuldner hat die Schulden zu be-
reinen und zu bezeugen, die Schulden ein-
zuholen und abzuführen und die sonstigen
Dienstleistungen, welche bei der Schulverwal-
tung erforderlich werden, zu besorgen. Als
Erheber der Schulden hat er eine Caution
von 50 Thlr. zu erlegen.
Brieg, den 5. Februar 1867.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Zur Behebung eines etwaigen Irrthums,
welcher aus dem Inmate des Landratsamts-
Beauftragten Herrn Fedor von Zawadzky vom
5. Februar d. J. in dem Kreisblatte des Ost-
Gleiwitzer Kreises vom 7. Februar d. J.
Stid 6 enthalten könnte, bringen wir hier-
durch nochmals zur öffentlichen Kenntniß, daß
der am 12. d. M. hierorts anstehende Wochen-
markt, wegen der an diesem Tage stattfindenden
Wahlen eines Abgeordneten für den
Reichstag des norddeutschen Bundes — in
Gemäßheit der Verfügung der Königl. Regie-
rung zu Oppeln vom 31. Januar d. J. zwar
aufgehoben — aber auf den Tag vorher, d. h.
auf Montag den 11. d. M. verlegt worden ist
und abgehalten werden wird — wobei es sein
Bewenden behält. [382]
Gleiwitz, den 7. Februar 1867.
Der Magistrat.
(gez.) Leuchert.

2—3 Gymnasien jüd. Confession
finden in Weuthen OS. in einer gebildeten
Familie gute Aufnahme und sorgfältige Pflege,
neben entsprechender Beaufsichtigung ihrer
Arbeiten. [1579]
Auskunft ertheilt bereitwillig Kaufmann
M. Karfunkelstein in Weuthen OS.

Circus Kärger.

Sonabend, den 9. Februar:
Erste Darstellung
der italienischen
minisch-plastischen Gesellschaft
des Herrn
Paolo Bacher aus Turin.

Das Orchester ist unter Leitung des Herrn
Kapellmeisters Wilhelm Böhlig.

Program:
Erste Abtheilung:
1. Der Genius des Gedankens (Composition
des Directors Bacher).
2. Die Liebesflamme (nach Scalpini).
3. Iris (nach Salvatore Rosa).
4. Die Verführung (comp. von Bacher).
5. Das Schwalbenfest (nach einer Gruppe
von Marchen).
Zweite Abtheilung:
6. Der Fährang (nach Salvatore Rosa).
7. Sandra besiegt durch Celsa (nach Canoba).
8. Die Harmonie (comp. von Director Bacher).
9. Der Erzengel Gabriel (nach Leonardo da
Vinci).

Zum Schluß:
Die Liebesleiter.

Großes phantastisches Tableau, componirt von
B. Bacher.

Preise der Plätze: Parterre-Loge 1 Thlr.
10 Sgr., 1. Parquet 1 Thlr., 2. Parquet
20 Sgr., Logen 15 Sgr., Sperrsitze 12½ Sgr.,
Balkon 10 Sgr., 1. Rang 6 Sgr., 2. Rang
4 Sgr., Gallerie 2½ Sgr., eine ganze Loge
mit 10 Sitzen 4 Thlr.
Der Tagesverkauf befindet sich nur bei Theodor
Lichtenberg, Schweidnitzerstr. 8, von Morgens 9
bis Nachm. 4 Uhr, Sonntag von 11 bis 1 Uhr.
Vormerkungen auf Sitze werden schon heute
dieselbst angenommen. [1802]
Einlaß 6 Uhr, Anfang 7 Uhr, Ende vor 10 Uhr.

**Sonabend-Tanz-Verein im
Deutschen Kaiser.**

Heute Sonabend den 9. Februar:
Kränzchen.

Dies den Mitgliedern zur Nachricht.
Der Vorstand. [1576]

Kattowitz

den 10. Februar Abends 7 Uhr im Saale des
„Hotel de Prusse“ [408]

Concert.

Als 2. Theil desselben: „Das Lied von der
Glocke“ von Romberg, ausgeführt von mehr
als 60 mitwirkenden Herren und Damen.
Entree (zum mildthätigen Zweck) 10 Sgr.

Bekanntmachung.

Am 27. Februar, Mittags 12 Uhr, soll
im Zimmer Nr. 47 des Stadt-Gerichts-
Gebäudes in der Salo Bachsmann-
schen Concursache eine auf das Leben des
Leutnants a. D. August Gustav Herr-
mann Palm zu Breslau lautende Lebens-
versicherungs-Police Nr. 28269 der Lebens-
versicherungs-Gesellschaft „Germania“ zu
Stettin über 5000 Thlr., welche durch
notarielle Session vom 20. October 1863
auf den jetzigen Gemeinschuldner Salo
Bachsmann geziehen ist, durch den Unter-
zeichneten versteigert werden. [1803]
Fuhrmann, Auct.-Commissar.

Auction.

Sonabend den 9. Februar, Vorm. 11 Uhr,
werde ich Schußbrücke Nr. 47, 1. Etage, einen
modernen Polsterer-Kügel, 7oct.,
mit gutem Ton und eine Anzahl
neue gute Delgemälde
meistbietend verkaufen. [1530]
Reymann, Auct.-Commissarius.

Champagner-Auction.

Montag den 11. Februar, Vormittags von
10 Uhr ab, werde ich in meinem Auctions-
Locale, Ring Nr. 30, eine Treppe hoch,
400 Flaschen Champagner
in einzelnen Partien
meistbietend vertheilern.
Guido Saul, Auctions-Commissarius.

Rugholz-Verkauf.

Montag, den 18. Februar d. J., Vormittags
9 Uhr, werden im Gasthofe zum „Deutschen
Haus“ in Heimbach: [441]
25 Alstrn. Eichen-Böttcherholz, ¼ Alstr.
Aborn, 2 Alstrn. Fichten, 4 Alstrn.
Buchen-Rugholz und 8 Alstrn. Schind-
holz, sowie 3000 Kubfuß Eichen-Rugholz
in starken Klößen; ferner 5 Stüd Weis-
buchen, 8 Stüd Rothbuchen, 4 Birken,
9 Erlen- und 3 Birken-Rugstücke
meistbietend gegen Baarzahlung verkauft.
Die bezeichneten Hölzer lagern in den zur
Gerricht Heinrichau gehörigen Kiefern:
Buchwald und Neubörs-Neumner Forst
und werden vor dem Vertheilungs-Termin auf
Verlangen von den Förstern an Ort und Stelle
vorgezeigt.
Heimbach, den 6. Februar 1867.
Der Oberförster: Hanff.

**Zur bevorstehenden
Hauptgewinn-Ziehung**

5. und letzter Klasse der 4. Königl. Preuss. Han-
noverschen Lotterie, worin der Hauptgewinn
von 36,000 Thlr. und viele andere große Ge-
winne zur Entscheidung kommen, werden noch
ganze Loose halbe Viertel
à 29 Thl. 20 Gr. à 14 Thl. 25 Gr. à 7 Thl. 12½ Gr.
auf sofortige Bestellung verhandelt durch die
Königl. Haupt-Collection von

B. Magnus, Hannover.

Die Aufzählung der amtlichen Gewinnlisten
und die Auszahlung der Gewinne findet gleich
nach Beendigung der Lotterie statt. [1793]

